Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 60 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 195. Halle, Dienstag, den 28. April 1914.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusetats.

Beim Titel „Ministergehalt" findet eine allgemeine Besprechung statt. Hierbei sollen jedoch nur Gegenstände von allgemeiner Bedeutung erörtert werden, so daß zum Beispiel die Angelegenheiten der Universitäten, der höheren Lehranstalten usw. nicht hier, sondern bei den einzelnen Kapiteln zur Sprache kommen sollen.

Beim Titel „Ministergehalt" stehen mit zur Beratung der Antrag Porsch (Ztr.-v. Heydebrand (kons.) auf Aufhebung der Beschränkungen in der Ausübung der Krankenpflege durch Mitglieder katholischer Orden und der weitere Antrag Porsch (Ztr.), den nicht mit Korporationsrechten versehenen katholischen Ordensniederlassungen die Erlangung der Rechtsfähigkeit zu ermöglichen.

Der Antrag Schiffer (nl.), betreffend die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte an die Unterrichtskommission verwiesen.

Der Berichterstatter Abg. Heckenroth (kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

In der allgemeinen Debatte erhielt zunächst das Wort

Abg. Dr. Dittrich (Zentr.):

Auch in diesem Jahre muß ich die Geistesfreiheit für die Kirche fordern. Wie steht es denn bei uns mit dem Satz: Eine freie Kirche im freien Staate? Im großen und ganzen besteht die Freiheit ja, aber leider wird die katholische Kirche noch viel in ihrer Freiheit eingeengt. So werden die katholischen Ordensgesellschaften noch immer in ihrer segensreichen Tätigkeit gehindert; die Jesuiten sind noch immer vom Deutschen Reiche ausgeschlossen. Der bekannte Bundesratsbeschluß ist keine glückliche Lösung der Jesuitenfrage; das wird überall, auch in den Kreisen der Regierung anerkannt. Aber nicht nur der Bundesratsbeschluß, nein, das ganze Jesuitengesetz muß fallen, weil es ein Ausnahmegesetz schlimmster Sorte ist. (Beifall im Zentrum.) Wir werden nicht müde werden, dieses Gesetz zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich gebe zu, daß uns die Regierung in bezug auf die Ordensniederlassung entgegengekommen ist, aber sie hat noch lange nicht genug Entgegenkommen gezeigt. In ganz Ostpreußen, im Ermland, befindet sich nicht eine einzige Ordensniederlassung. Weshalb will man denn den loyalen Ermländern keine Ordensniederlassung bewilligen? Ganz Ermland, das ganze katholische Deutschland fordert sie, und die beiden Minister sagen noch immer: Nein! Auch den katholischen Ordensschwestern legt man noch immer Schwierigkeiten in den Weg. Selbst da, wo Niederlassungen genehmigt sind, wird noch immer den Ordensschwestern die Ausübung ihrer charitativen Tätigkeit durch allerhand kleinliche Beschränkungen erschwert. In Konitz z. B. hat man den Schwestern verboten, mehr als 25 Waisenkinder aufzunehmen. Weshalb denn nur? Auch die Errichtung eines Pensionats hat man ihnen verboten. Ferner dürfen die Schwestern nur katholischer Kinder sich annehmen; sind denn die evangelischen nicht auch hilfsbedürftig? Wie wollen wir die zunehmende Unsittlichkeit unterbinden, wenn man den moralisch wirkenden Kräften nicht freie Tätigkeit läßt? In Berlin sind 6064 Katholiken aus der Kirche ausgetreten. Warum? Weil sie in der Religion nicht genügend gefestigt waren. Wir sehen, wie notwendig es ist, daß kirchliche Kräfte dagegen auftreten und dem „Verein Konfessionslos" ein Gegengewicht bieten. Das liegt auch im staatlichen Interesse. In den Beschränkungen unserer Orden und ihrer Liebestätigkeit liegt geradezu eine Gefährdung des konfessionellen Friedens. Weshalb versagt man uns, was man anderen gewährt? Nicht aus Hunger nach Macht wollen wir die Orden haben, sondern um ihre Kräfte zum Wohle der Gesellschaft zu gebrauchen. (Beifall im Zentrum.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Der Vorredner hat eine mehr oder weniger herbe Kritik an den bestehenden Rechtszuständen und der Ausführung der Bestimmungen über die Niederlassung von Orden geübt. Er hat diese Ausführungen im wesentlichen an den Antrag, den der Abg. Porsch und seine Freunde vorgelegt haben, angeschlossen. Dieser Antrag ist wörtlich derselbe, der im Jahre 1901 hier schon zur Beratung gekommen ist. Damals ist eine Erörterung des Antrages hier vorgenommen worden; der Antrag wurde von der Mehrheit angenommen, und die Regierung hat ihre Stellungnahme zu Beginn des Jahres 1903 hier bekanntgegeben. Ich bin einigermaßen überrascht gewesen durch diesen Antrag, der erst gestern zu meiner Kenntnis gekommen ist; denn ich sehe nicht, wie die Verhältnisse, die damals für die Stellungnahme der Regierung bestimmend gewesen sind, sich seither geändert haben, (Sehr richtig! bei den Natl.), und ich sehe nicht, welcher äußere Anlaß gegeben ist, jetzt mit diesem Antrag hervorzutreten. Mein Vorgänger hat damals hier ausgeführt, daß die Regierung den Wünschen der katholischen Orden auf Niederlassung, namentlich wenn es sich um Orden, die sich der Krankenpflege widmen, handelt, in weitem Maße entgegenkommt. Er hat hinzugefügt, daß die Katholiken versichert sein dürfen, daß dies auch künftighin der Fall sein werde. Und diese Zusage ist in vollem Maße eingehalten worden.

Im Jahre 1902 wurden 19 000 Persönlichkeiten aus Orden, die sich der Krankenpflege widmen, festgestellt. Am 31. Dezember 1913 bestanden in Preußen 2508 Ordensniederlassungen mit 36 841 Mitgliedern. (Lebh. Hört, hört!), davon in der Krankenpflege 26 337 in 1989 Niederlassungen und auf anderen Gebieten der christlichen Nächstenliebe außerdem 5056 Personen in 60 Niederlassungen. Ich glaube also, die Bemerkung aussprechen zu können, daß die Zusicherung in vollstem Maße erfüllt worden ist. Die Gründe, die damals für die ablehnende Stellung bezüglich des Antrages hier mitgeteilt worden sind, will ich nicht im einzelnen wiederholen. Es ist in den achtziger Jahren eine abschließende Gesetzgebung auf Grund von Vereinbarungen geschaffen worden, an der man festhalten sollte. Hervorheben möchte ich aber die große grundsätzliche Bedeutung der hier durch den Antrag berührten Frage, die sich auf das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche bezieht.

Ich weiß ja, wie sehr den Katholiken die Orden am Herzen liegen, wie sie mit Liebe und Bewunderung auf diese Männer und Frauen hinblicken, die sich in hingebender christlicher Nächstenliebe für das Wohl der Armen und Kranken aufopfern und für sie ihr Leben hingeben. Das sind Gefühle, die man vollständig begreifen kann, bis zu einem gewissen Grade auch als Nichtkatholik. Es ist auch begreiflich, daß die Katholiken auf diesem Gebiete sehr empfindlich sind, daß sie es nicht dulden wollen, daß die Orden und ihre Mitglieder irgendwie weniger gut behandelt werden als andere Staatsbürger, und daß sie wünschen, daß hier Licht und Sonnenschein gleichmäßig verteilt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist ja auch der Untergrund, auf dem Ihr Antrag beruht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aus dem Antrage springt uns aber der Vorwurf entgegen, als wenn eine solche gleichmäßige Behandlung der Dinge tatsächlich nicht stattfindet. Wenn man sich den Tatsachen kühl und nüchtern gegenüberstellt, so wird man bei seiner Prüfung doch zu einer anderen Auffassung kommen. Die katholischen Orden lassen sich mit freien Vereinigungen nicht ohne weiteres vergleichen. Dafür, daß Katholiken sich zu freien Vereinigungen zusammenschließen, etwa um Krankenpflege zu üben, bestehen selbstverständlich nicht die mindesten Beschränkungen. Sie können sich gerade so frei vereinigen, wie alle anderen Staatsbürger. Aber solche freien Vereinigungen sind natürlich nicht in Vergleich zu stellen mit dem katholischen Orden; ebenso wenig aber auch mit den evangelischen Diokonissenanstalten. Diese stehen zur evangelischen Kirche in einem viel loseren Verhältnis als die Orden zur katholischen Kirche. (Sehr richtig! links.)

Es kommt hinzu, daß die evangelische Kirche selbst in einem ganz anderen Verhältnis zum preußischen Staate steht als die katholische. (Sehr richtig! links.) Den preußischen Staat und die evangelische Kirche krönt dieselbe Spitze. Die Mitglieder der kirchenregimentlichen Behörden werden vom König unter Mitwirkung des Staates ernannt. Alles das fällt bei der katholischen Kirche weg. Somit ist denn auch das Verhältnis des Staates zu ihr ganz anders geregelt. Unter den Rechten, die der Staat gegenüber der katholischen Kirche in Anspruch nimmt und nehmen muß, befindet sich auch das Hoheitsrecht gegenüber den katholischen Orden. Das ist von altersher rechtens gewesen, und daran muß der Staat um so mehr festhalten, wenn die Bevölkerung so konfessionell gemischt ist wie bei uns. Uebrigens nehmen auch andere Staaten ein solches Hoheitsrecht gegenüber den Orden für sich in Anspruch, auch katholische Staaten. In Spanien, Oesterreich, Ungarn, Bayern finden Sie dieselben Beschränkungen wie bei uns. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, von der man nichts abbröckeln soll. In der Praxis haben wir aber weitgehendes Entgegenkommen geübt, namentlich, wenn es sich um charitative Orden handelte, die sich der Krankenpflege widmen, und bei denen ein solches Entgegenkommen auch angezeigt ist. Meine Zahlen sind ein deutlicher Beweis für die Größe dieses Entgegenkommens; ihnen gegenüber fallen die paar Ablehnungen gar nicht ins Gewicht. Von der Fülle der Anträge sind 1913 nur fünf abgelehnt worden. Daß an der grundsätzlichen Stellung aber nicht gerüttelt werden darf, liegt im Interesse der katholischen Kirche selbst. Es werden Angriffsflächen dadurch vermieden; es wird vorgebeugt. Das wird von einsichtigen Katholiken selbst anerkannt. Ich stelle von neuem in Aussicht, daß wir die eingehenden Anträge auch in Zukunft wohlwollend prüfen werden, muß Sie aber bitten, den Antrag Porsch abzulehnen. Bezüglich der Frage der Rechtsfähigkeit der Niederlassungen habe ich Ermittlungen anstellen lassen, die jetzt abgeschlossen sind. Wir sind auch bereits in die Erörterung des Ergebnisses eingetreten. Diese aber ist noch nicht abgeschlossen, so daß ich heute zu diesem Antrage noch nicht Stellung nehmen kann. (Vereinzelter Beifall links.)

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Es ist bedauerlich, daß der Minister bisher den Wünschen auf Festlegung des Osterfestes nicht nachkommen konnte. Ich erwähne das als Beispiel, wie schwierig es ist, in manchen Dingen mit der katholischen Kirche zurecht zu kommen. Wäre dabei allein die evangelische Kirche maßgebend, so wären wir längst zu einer Entscheidung gekommen. Die Forderung des Zentrums „Freie Kirche im freien Staat" bedeutet nichts weniger als die Ausschaltung des staatlichen Aufsichtsrechts. (Widerspruch im Zentr.) Das kann sich kein moderner Staat gefallen lassen. Wir sind mit dem Minister einig in der Auffassung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, ebenso wie wir gleich ihm die Bedeutung der katholischen Kirche für die charitative Tätigkeit anerkennen. Was die Anträge der Zentrumsfraktion betrifft, so bedeuten sie nach Ansicht meiner politischen Freunde nichts mehr oder nichts weniger als ein Rütteln an der Gesetzgebung der 80er Jahre. Man solle nicht ohne zwingende Gründe daran rütteln und besonders deshalb nicht, weil sie auf einem Kompromiß beruht; ein Kompromiß pflegt man nicht einseitig aufzuheben. Es ist in hohem Maße bedenklich, wenn das Zentrum den Versuch macht, diese Frage aufzurollen. Das liegt sicherlich nicht im Interesse des konfessionellen Friedens.

Der Antrag des Zentrums über die Schulaufsicht ist für uns unannehmbar; er bedeutet eine Art Scharfmacherpolitik (lebh. Widersp. im Zentr.) und bewegt sich nicht auf der Linie der bürgerlichen Sammlung, die man jetzt wieder befürwortet. Der Antrag rüttelt direkt an den Grundrechten des Staates. (Oho! im Zentr.) Zum Antrag Porsch über die Krankenpflege kann ich der Regierung nur zurufen: Principiis obsta! (Sehr richtig! links.) Und ich freue mich, daß der Minister sich entschieden dagegen ausgesprochen hat. Würde der Antrag angenommen, dann wären alle katholischen Orden ohne weiteres zugelassen. Deshalb hat auch die konservative Partei einen Abänderungsantrag gestellt, der das verhindern soll. Aber auch in der geänderten Fassung hat der Antrag erhebliche Bedenken. Der frühere Antrag ist damals in der konservativen Formulierung, nicht in der des Zentrums, angenommen worden. Das ist kein unwesentlicher Punkt. Herr von Heydebrand hat damals im Namen der Konservativen gewisse Kautelen gefordert für Landesteile mit national-polnischer Bevölkerung und solche, die den konfessionellen Frieden sichern. Er hat weiter ausgeführt, daß es völlig unzulässig sei, die katholischen Orden den preußischen Diakonissen gleichzustellen. Im Jahre 1903 hat die Regierung den Antrag abgelehnt, da die Anträge nicht erkennen ließen, was das Haus eigentlich wollte.

Es ist doch unmöglich, die katholischen Orden allen Vereinigungen gleichzustellen, die sich der Krankenpflege widmen und vielfach gar nicht mit der Kirche zusammenhängen. Das ist eine absolute unparitätische Forderung. Die katholische Kirche kommt leicht mit dem Staat in Konflikt, weil sie eine Fülle von Aufgaben umfaßt. Das ist bei der evangelischen Kirche nicht der Fall. Diesen Unterschied aber kann man nicht mit einem Federstrich beseitigen. Die Parität kann nicht darin bestehen, daß man beide Kirchen gleichstellt, sondern nur darin, daß man jeder Kirche das ihre gibt. (Sehr richtig! links.) Wenn die Katholiken nicht jede Frage zur Prinzipienfrage erheben und sie als Beleidigung des katholischen Glaubens auffassen wollten, dann könnten wir viel leichter zum konfessionellen Frieden kommen. Die Katholiken beschweren sich immer über das staatliche Aufsichtsrecht über die Orden in Preußen. Aber genau dasselbe ist ja auch im vielgepriesenen Bayern des Grafen Hertling der Fall. (Sehr richtig! links.) Warum beschweren sich die Herren dort nicht und immer nur im „schrecklichen" Preußen? Jedes Jahr werden rund 2000 Ordensleute in Preußen zugelassen, in den letzten Jahren im ganzen 32 000, so daß die Gesamtzahl 60 000 beträgt. (Hört! Hört! links. — Zuruf im Zentrum: Sind das amtliche Zahlen?) Ja, sie stammen aus dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. (Hört! Hört! links.) Wir können nicht allen katholischen Orden die Rechtsfähigkeit zuerkennen, wie das Zentrum es fordert. Wenn die konfessionelle Ruhe eingetreten sein wird, dann wollen wir den Orden, deren Nützlichkeit auch wir anerkennen, die Rechtsfähigkeit gerne einräumen. Solange aber noch die Brandfackel der Erregung in das Land geschleudert wird, wie es mit der Borromaeus-Enzyklika geschah, solange können wir eine Besserung und Beruhigung der Verhältnisse nicht anerkennen.

Solange die Agitation für die Rückkehr der Jesuiten in der jetzigen Form betrieben wird, können wir an eine Revision der jetzigen Gesetzgebung nicht schreiten. Mit den jüngsten Vorträgen der Jesuiten hat man bewußt die Auslegung des Bundesrates zum Jesuitengesetz umgangen. Damit fördert man nicht die Autorität der Gesetze. Solange das Jesuitengesetz besteht, muß es gehalten werden. (Abg. Hauptmann (Zentr.): Die Auslegung des Bundesrates ist falsch!) Herr Hauptmann, Sie mögen alle Befähigung zum Bundesrat haben, aber Sie sind doch einmal nicht der Bundesrat. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Daß Sie mit offenem Hohn gegen die Regierung vorgehen, zeigt der Fall Cohauß. Da hat der Regierungsrat Keller gesagt: „Wir haben den Pater Cohauß berufen, trotz der preußischen Regierung, denn wir tun, was wir wollen, nicht, was die Regierung will." Und ein anderes Mitglied des Zentrums hat gesagt: „Wir fürchten auch den preußischen Adler nicht." Meinen Sie denn, daß solche Sachen die Autorität der Regierung stützen? Wir bitten die Regierung, im Bundesrat energisch gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu stimmen. Wir hoffen, daß die Konservativen uns bei dieser Bitte unterstützen werden.

Viel Staub hat die Fälschung des bekannten Kaiserbriefes aufgewirbelt. (Unruhe im Zentrum.) Die Zentrumspresse hat diese Fälschung verbreitet, obwohl sie sehr wohl in der Lage gewesen wäre, den wirklichen Wortlaut festzustellen. Eine sehr erhebliche Beunruhigung ist so in das Volk hineingetragen, bis endlich die „Nordd. Allg. Ztg." erklärte, daß nichts Verletzendes in dem Brief gestanden hätte. Der Schluß dieses Artikels führte eine so scharfe Sprache, wie wir sie noch niemals in einem Regierungsorgan gefunden haben. Und das mit Recht! Zur Ehre der großen katholischen Presse, der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung", muß gesagt werden, daß sie sich an dieser Agitation nicht beteiligt hat. Aber sie hätte noch mehr tun sollen, sie hätte der Agitation entgegentreten müssen, da diese die konfessionellen Gegensätze sehr vertieft hat. In einer katholischen Versammlung des Westens standen die meisten Anwesenden beim Kaiserhoch nicht auf, als Ursache gaben sie den Kaiserbrief an. Die Agitation mit dem Kaiserbriefe war geradezu frevelhaft. Wir bitten die Regierung, gegenüber den hier geäußerten Wünschen des Zentrums festzubleiben, weil durch sie an den Grundlagen des konfessionellen Friedens gerüttelt wird. (Lebhafter Beifall links, Zischen im Zentrum.)

Abg. Viereck (Freikons.):

Wir halten fest an dem Prinzip, das wir bisher befolgt haben; wir verlangen, daß die Staatshoheit unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß, weil es nur so möglich ist, dem Umsturz entgegenzutreten. In Preußen herrscht Toleranz, jeder kann seinem Glauben huldigen; aber wir können nicht dulden, daß unser Glaube mit Hohn überschüttet wird, wie es von den Sozialdemokraten und dem Komitee „Konfessionslos" geschieht. Solche Bestrebungen werden scheitern an dem gesunden Sinn des Volkes, das in der Mehrzahl noch treu an seinem Glauben hält. Leider herrscht in den Kreisen der Gebildeten vielfach eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Religion. Wir müssen daher den Religionsunterricht vertiefen; er darf nicht durch Geschichte und Philosophie verflacht werden; es muß ein Kern inniger Frömmigkeit in die jungen Herzen gepflanzt werden. Nach dem Schluß des Kulturkampfes ist ein Kompromiß geschlossen, man hat sich auf einer Mittellinie zusammengefunden, die nicht überschritten werden darf. Auch wir halten an dem Kompromiß fest und wollen, daß der Staat über die Zulassung der Orden zu befinden hat. Der Forderung, daß die Tätigkeit der Krankenpfleger-Orden nicht eingeengt wird, stehen wir sympathisch gegenüber. Aber die allgemeinen Klagen des Zentrums sind doch, wie die angeführten Zahlen beweisen, nicht berechtigt. Ich beantrage, die Anträge des Zentrums vor eine 21gliedrige Kommission zu verweisen.

Abg. Eickhoff (Vp.):

Ich habe im Reichstag stets für die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt, da ich darin nicht eine Gefährdung des konfessionellen Friedens erblicken kann. (Beifall im Zentrum.) Nach der Rede des Abg. Dr. v. Campe wird hoffentlich das Zentrum erklären, daß es ebenso wie wir alle die Fälschung des Kaiserbriefes verurteilt. Die von dem Vorredner geforderte Vertiefung des Religionsunterrichts wird von uns unterstützt. Wir wünschen ferner, daß die Anregung des Prof. Dr. Förster nach einer Festlegung des Ostertermins durchgeführt wird. Nötig erscheint uns eine Reform des gesamten Schulwesens, es muß ein organischer Zusammenhang zwischen den Hochschulen, den höheren Lehranstalten und den Volksschulen geschaffen werden. Die Begründung der Universität Frankfurt begrüßen wir. Eine Benachteiligung Marburgs befürchten wir nicht. Seit zehn Jahren ist die Zahl unserer Universitäten nicht vergrößert worden, während die Bevölkerung sich um viele Millionen vermehrt hat. Die Folge war eine Ueberfüllung der Hörsäle und Seminare, es war daher dringend nötig, eine neue Universität zu errichten. Man muß sich darüber freuen, daß Frankfurt selbst eine Universität gegründet hat. Wir fordern schon seit Jahr und Tag ein reines Unterrichtsministerium. Die Kreisschulinspektoren müssen dem Volksschullehrerstande entnommen werden. (Sehr richtig!) Es fehlt ein fachmännischer Abteilungsdirektor im Kultusministerium.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140428018/fragment/page=0001

Das Unterrichtsministerium in Preußen wird kommen, weil es kommen muß.

Abg. Frhr. Schenk zu Schweinsberg (Kons.):

Die großen Aufwendungen für Bildungszwecke beweisen, daß Preußen kein nachtwächlicher Staat ist. Die Eigenart des preußischen Staates ist sein partikularistischer Charakter. Daran wollen wir festhalten. Für besondere Lasten einer Gemeinschaft kann nicht die Gesamtheit des Staates eintreten. Da muß die Gemeinschaft der Gläubigen helfen. Anderslautende Anträge lehnen wir grundsätzlich ab. Die Schule bedarf des ruhigen Wachstums. Nichts ist schädlicher als Probieren und Experimentieren. (Sehr richtig! rechts.) Die bisherige Art der Erteilung des Religionsunterrichts ist ein Schmerzenskind unserer höheren Schulen. Auch wir wünschen eine wissenschaftliche Vertiefung des Unterrichts, aber nicht eine wissenschaftliche Vertiefung der Religion. (Sehr richtig! rechts.) Für die Religionslehrer sollten Instruktionskurse eingerichtet werden. Wir wollen einen christlichen Religionsunterricht, nicht einen solchen, bei dem die Worte des Vortragenden eben nur Worte sind, mit denen er innerlich nichts gemein hat. Die Anträge des Zentrums sind im wesentlichen berechtigt. Es handelt sich nicht um eine allgemeine Zulassung der Orden. Der Dienst an Kranken und Armen darf nicht eingeschränkt werden) auch sollte man die Tracht der Krankenorden schützen. Ich hoffe, daß der reich ausgestattete Kultusetat unserm Volksleben zum Segen gereichen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Stuczynski (Pole):

Seit 7½ Jahren ist der Posten des Erzbischofs von Posen und Gnesen bekannt, und noch immer hören wir nichts davon, daß ein neuer Erzbischof dort eingezogen ist. Der Staat hat nach der Vereinbarung von 1821 keinen Einfluß auf die Wahl. Die Diözese hat doch ein Recht darauf, endlich einen neuen Erzbischof zu bekommen. In Posen und Westpreußen sind viel weniger Orden zugelassen als in den anderen Landesteilen; ich weiß, daß in einem Falle die Niederlassung auf Veranlassung des Ostmarkenvereins verweigert wurde. Sehr bedauerlich waren die skandalösen Vorgänge in der St. Paulskirche in Moabit, wo die evangelischen Schulkinder in die katholische Kirche eindrangen. Die eigentliche Ursache war die unzulässige Einmischung der Staatsregierung in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche. Die Regierung hatte absolut kein Recht, sich in den Religionsunterricht der polnischen Kinder einzumischen. Die Regierung geht überhaupt aus rücksichtslosester gegen die Polen vor, sowohl in den höheren Lehranstalten als auch in den Volksschulen. Mit ganz wenig Ausnahmen wird selbst der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt, von 800 000 polnischen Kindern haben nur 90 000 einen polnischen Unterricht. Dieses unnatürliche System rächt sich an sich selbst. Von den polnischen Schülern werden durchschnittlich 33 Prozent nicht versetzt. Angesichts der Unterdrückung unserer Muttersprache in den Schulen sind wir auf polnischen Privatunterricht angewiesen. Aber auf Schritt und Tritt werden wir auch auf diesem Gebiete verfolgt. Ohne Angabe von Gründen wird in rechtswidriger Weise auch die Erteilung von polnischem Privatunterricht verboten. Der Redner sucht das durch eine Reihe von Einzelfällen zu belegen.

Kultusminister von Trott zu Solz:

Der Vorredner hat seine alte Methode auch diesmal angewandt, indem er eine Reihe von Einzelfällen aufzählte und sie in einer tendenziösen, seinen polnischen Interessen, nach seiner Meinung entsprechenden Weise darstellte, um daran wieder die heftigsten Angriffe gegen die Regierung zu knüpfen. Ich will darauf im einzelnen nicht eingehen. In einem Falle ging aber die Sache denn doch so weit, daß ich sie richtigstellen muß. Der Vorredner führte den Moabiter Vorgang, den er als skandalös bezeichnete, auf die preußische Regierung zurück. Die Polen hier in Berlin hatten sich nicht gescheut, ihre politische Agitation in die heiligen Räume der Kirche hineinzutragen. (Sehr richtig! rechts, lebh. Zurufe von den Polen: Nicht wahr!) Die Geistlichkeit wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie die Polizei zu Hilfe rief; und das nennt dann der Abgeordnete eine Einmischung der preußischen Polizei in die Angelegenheiten der katholischen Kirche! Er muß als Geistlicher wissen, daß die Regierung niemals eine Anordnung darüber getroffen hat, in welcher Sprache der Kommunionunterricht zu erteilen ist. Auch die preußische Regierung sieht das als eine Angelegenheit der Kirche an und greift hierin nicht ein. Ich bitte Sie, das übrige, was der Abgeordnete sagte, nach dem zu beurteilen, was ich soeben richtig gestellt habe. Dem Vorredner aber rate ich, wenn er seiner Sache dienen will, seine Beschwerden in anderer Weise vorzutragen, als er es eben getan hat. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Nicht nur in den höheren, sondern auch in den Volksschulen muß der Religionsunterricht in wissenschaftlicher Weise erteilt werden. Für die Richtigkeit des Kaiserbriefes hat sich der Abg. Jaeger verbürgt. Auf das offiziöse Dementi ist nicht viel zu geben; die „Post" hat erklärt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sei dazu da, um berufsmäßig die Unwahrheit zu sagen. Die „Frankfurter Zeitung" hat geschrieben, der Brief sei auch liberalen Politikern bekannt gewesen. Wir sind gegen das Jesuitengesetz, wie gegen jedes Ausnahmegesetz. Für Aufhebung von Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokraten ist aber das Zentrum nicht zu haben; es treibt Heuchelei, wenn es nur für sich Aufhebung von Ausnahmebestimmungen fordert.

Auch die jüdische Religion muß anerkannt werden. Zur Beendigung des Streites der Liberalen und Orthodoxen in der evangelischen wie in der katholischen Kirche sollte man alle Kirchen vom Staate trennen. Der Streit um das Apostolikum raubt der protestantischen Kirche den letzten Halt. Wir sind entschieden gegen jeden zwangsweisen Religionsunterricht in den Schulen. Die Nationalliberalen haben 1906 die konfessionelle Schule zum Prinzip erhoben und dadurch das Schicksal der Simultanschule besiegelt. Wir verlangen die Einheitsschule. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Beschimpfung der amerikanischen Flagge und Verhaftung des amerikanischen Generalkonsuls.

Generalkonsul Hanna in Monterey berichtet dem nordamerikanischen Staatsdepartement über eine ihm zugefügte Demütigung, gegen die die Tampico-Affäre eine wahre Lappalie ist. Am 21. April kam ein mexikanischer Bundesoffizier ins Konsulat und verlangte, daß die amerikanische Flagge herabgeholt werde. Als dies verweigert wurde, rissen Soldaten sämtliche amerikanische Flaggen herab, zerrissen sie und trampelten auf der Straße unter dem Beifall der Menge auf ihnen herum. Am nächsten Tage wurde Hanna verhaftet und ins Zuchthaus geworfen, sodann vor ein Kriegsgericht gestellt unter der Beschuldigung, daß er mit den Rebellen sympathisiere. Als die Rebellenarmee unter den Generalen Gonzales und Castro am 24. April Monterey besetzten, erhielt der Generalkonsul durch sie die Freiheit. Die prompte Hilfeleistung der Rebellen für Hanna wird in ein besonderes Licht gerückt durch den Umstand, daß Hanna dem Washingtoner Staatsdepartement die Anerkennung der Rebellen dringend ans Herz legt. Hanna wird von der mexikanischen Bundesregierung beschuldigt, mit General Gonzales konspiriert zu haben. Dieser neue Zwischenfall läßt die Vermittelungsaktion südamerikanischer Staaten ziemlich aussichtslos erscheinen.

In Agualientes werden 30 amerikanische Flüchtlinge, die aus einem Eisenbahnzug geholt wurden, gefangen gehalten. Das Staatsdepartement ersuchte die brasilianische Regierung, die die Vertretung der amerikanischen Interessen in Mexiko übernommen hat, deren Freilassung zu erwirken. Auch in Cordoba und Orizoba werden einige Amerikaner unter Spionageverdacht festgehalten, doch steht Admiral Badger mit dem mexikanischen Bundesgeneral Maaß über deren Freilassung in Unterhandlung.

Am Montag sind in Veracruz vier Transportdampfer mit der fünften Brigade unter General Funston fällig, wodurch die amerikanische Besatzung auf 10 000 Mann gebracht wird.

Aus Veracruz wird dem „New York Herald" gemeldet, daß, während die Wasserflugzeuge der amerikanischen Kriegsschiffe in der Luft über der Stadt kreuzen, die Straßen von Matrosen dicht angefüllt sind. Die Mannschaften der englischen Kreuzer „Lancaster" und „Essex" sind an Land gesetzt worden und verbrüdern sich in den Straßen mit den amerikanischen Blaujacken. Nach Meldungen des „Daily Expreß" treten Hunger und Krankheiten unter der armen mexikanischen Bevölkerung in Veracruz auf. Die amerikanischen Aerzte und Ambulanzen haben alle Hände voll zu tun. Die Krankheitsherde werden nach Möglichkeit isoliert. Nahrungsmittel werden der armen Bevölkerung aus den Vorräten der Kriegsschiffe verteilt. — General Maas, der 15 Meilen von Veracruz eine verschanzte Stellung mit ansehnlicher Truppenmacht besetzt hält, hat dem Präsidenten Huerta ehrenwörtlich versprochen, Veracruz in 10 Tagen wieder zurückzuerobern. Die Amerikaner in Veracruz sind fieberhaft bemüht, acht englische Meilen im Umkreise von Veracruz Erdbefestigungen zu errichten. Die amerikanischen Truppen durchsuchten in den letzten Tagen die Stadt nach versteckten Waffen und fanden in den Särgen auf den Kirchhöfen bedeutende Mengen von Gewehren und Munition verborgen. Es kam dabei zu Zusammenstößen mit den Mexikanern, welche sich empört gegen die amerikanischen Marinesoldaten wandten in dem Glauben, daß diese die Leichen in den Särgen schänden wollten. Die Waffenablieferung seitens der Bevölkerung macht Fortschritte.

Die südamerikanische Vermittelungsaktion

ist durch die Großmächte freundschaftlich unterstützt worden. Da die Washingtoner Regierung von Hause aus geneigt war, die Vermittelung Südamerikas anzunehmen, beschränkten sich die Vertreter der Großmächte darauf, ihre diplomatische Unterstützung nur in Mexiko zur Verfügung zu stellen.

Deutsches Reich.

Fünf „unannehmbare" Reichsgesetzentwürfe. Nicht weniger als fünf Gesetzentwürfe (Beamtenbesoldungsnovelle, Kolonialgerichtshof, Militär-Strafgesetzbuchnovelle, Konkurrenzklausel und Beamtengesetznovelle) befinden sich gegenwärtig in einem Stadium, das ein Scheitern der Vorlagen im Plenum bei der zweiten Lesung zur Folge haben muß, wenn in letzter Stunde nicht seitens der maßgebenden Reichstagsparteien eingelenkt wird.

Die Frage der Einführung des Dr. med. dent. Zum Zweck einer einheitlichen Regelung der Frage, ob den Zahnärzten der Doktortitel verliehen werden solle oder nicht, beabsichtigt die preußische Regierung, demnächst an die anderen Bundesstaaten heranzutreten, und zwar sollen diese Verhandlungen fürs erste in der Form einer bloßen Umfrage eingeleitet werden. Preußen steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß vor einer Entscheidung in dieser Frage eine grundsätzliche Einigung zwischen den Einzelstaaten herbeigeführt werden müsse.

Ein Jesuit als Spion. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail" veröffentlicht eine äußerst interessante Privatinformation, die, wie er behauptet, in Deutschland geheim gehalten wurde und nicht zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gekommen ist. Nach dieser Information soll ein französenfreundlicher Jesuit in Elsaß-Lothringen systematisch Spionage zugunsten Frankreichs betrieben haben. In den militärischen Telegraphenabteilungen Elsaß-Lothringens bemerkte man seit langer Zeit, daß die drahtlose Verbindung mit den verschiedenen Punkten an der französischen Grenze häufig auf geheimnisvolle Weise gestört wurde, ohne daß es gelang, den Grund hierfür ausfindig zu machen. Schließlich wurde auf dem Dache eines Jesuiten-Priesterseminars in Metz eine drahtlose Station entdeckt, mit deren Hilfe die militärischen Behörden in Frankreich über wichtige deutsche Militärangelegenheiten unterrichtet wurden. Der Apparat wurde sofort beschlagnahmt. Was gegen den sonderbaren Priester unternommen wurde, ist nicht bekannt geworden.

Zum Konflikt in Gotha. Wie die „Thür. Landeszeitung" meldet, hat der Herzog dem Staatsminister v. Richter auf sein Entlassungsgesuch aus Monsummano telegraphisch erwidert: „Bedauere tief Ihren Entschluß, möchte mir Entscheidung bis Rückkehr vorbehalten. Hoffe lebhaft, daß vermittelnder Ausweg zu finden. Carl Eduard."

Oberregierungsrat Evert †. Der Präsident des Königl. Statistischen Landesamtes, Oberregierungsrat Georg K. A. Evert, ist Montag früh in Berlin gestorben.

Konferenz für Versicherungswesen. In Düsseldorf wurde am Montag eine auf drei Tage berechnete Konferenz zur Erörterung über taktische Erfahrungen im Reichsversicherungswesen eröffnet. Sie wird von der Stadt Düsseldorf veranstaltet. Es handelt sich um die erste derartige Veranstaltung in Deutschland. 250 Teilnehmer — Parlamentarier, Verwaltungsbeamte, Vertreter aller Versicherungsanstalten und Versicherungsämter — sind anwesend.

Internationale kaufmännische Schiedsgerichte. Dem Deutschen Handelstag hat die Handelskammer des Staates New York eine Denkschrift übermittelt, in der die Grundzüge des Planes für internationale kaufmännische Schiedsgerichte niedergelegt sind.

Hof- und Personalnachrichten.

In Vertretung des Kaisers Franz Josef, der zu den Taufpaten des Erbprinzen von Braunschweig gehört, wird sich der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Graf von Szögyeny-Marich in Begleitung des Botschaftsrats Freiherrn von Hammerle nach Braunschweig begeben.

Ausland.

Die Wahlen in Frankreich.

Aus insgesamt 602 Wahlkreisen sind 593 Ergebnisse bekannt. Gewählt sind 59 Konservative und Katholisch-Liberale, 54 gemäßigte Republikaner, 51 Linksrepublikaner, 26 Radikale, 8 Republikanisch-Radikale, 86 geeinigte Radikale, 16 sozialistische Republikaner, 41 geeinigte Sozialisten; außerdem sind 251 Stichwahlen erforderlich. Die Wahl in Pontivy wird bestritten. Es stehen nur noch die Wahlresultate aus den Kolonien aus. Die Konservativen und Katholiken gewinnen 7, die gemäßigten Republikaner 5, die Linksrepublikaner 10; die radikalen Republikaner verlieren 6, die geeinigten Sozialisten gewinnen 4 und die sozialistischen Republikaner verlieren 2 Sitze.

Das „Journal" hat sich den billigen Scherz geleistet, eine Neben- oder Teilabstimmung der Frauen von Paris zu veranstalten. Es hatte eine Anzahl Wahllokale gemietet, an alle Frauen, die sich beim Blatte einschreiben ließen, Wählerkarten und Stimmzettel verteilt und die ganze Leerabstimmungskomödie genau nach dem Vorbilde der wirklichen Wahlen mit emsiger Regiekunst in Szene gesetzt. 16 819 Frauen haben tatsächlich gestimmt. Ihre Absicht war, durch ihre Abstimmung ihre Forderung nach politischem Recht zu bekräftigen. Damen der Gesellschaft und Arbeiterfrauen, die häufig mit ihren Brustkindern zur Wahl antraten, waren zu dieser Kundgebung schwesterlich gesellt. Von den endgültig gewählten Abgeordneten sind, soweit bekannt, 214 Parteigänger, 103 Gegner des dreijährigen Dienstes. Das Verhältnis bleibt also annähernd das gleiche, das sich schon aus der ersten Meldung ergeben hat; zwei Drittel der Gewählten sind für, nicht ganz ein Drittel gegen den dreijährigen Dienst.

Der König und die Königin der Belgier haben sich zu einem Besuch der Großherzogin nach Luxemburg begeben.

Der Sozialistenkongreß in Rom. Schon in der ersten Sitzung des Kongresses der italienischen Sozialisten in Ancona hat die revolutionäre Taktik einen vollständigen Sieg davongetragen. Die reformsozialistische Minderheit leistete im Bewußtsein ihrer Ohnmacht nur geringen Widerstand und rechtfertigte ihre schwache Haltung mit der Hingebung an die Parteieinheit. Fast einstimmig wurde Ciccottis Beschlußantrag angenommen, wonach der Kongreß feststellt, daß die Berichte der Parteileitung und des Parteiorgans „Avanti" die Vortrefflichkeit der auf dem vorigen Kongreß angenommenen unversöhnlichen revolutionären Taktik sowie ihre treue Befolgung durch die Partei bestätigen.

Eine schwere Niederlage des „Weißen Wolfes". Aus Peking, 27. April, wird gedrahtet: Der Gouverneur von Schensi meldet, daß die Banden des „Weißen Wolfes" eine schwere Niederlage bei Pintschau im Bezirk Schensi erlitten haben.

Halle und Umgebung.

Halle, 28. April

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 27. April.

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Dr. Lembser, Justizrat Föhring, Eisenbahnobersekretär Borchert und Konditoreibesitzer Pfautsch.

Eingegangen ist eine Einladung zum 4. Deutschen Städtetag, der vom 14. bis 16. Juni in Köln stattfindet. Der Magistrat entsendet drei Mitglieder; die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Herren Blumentritt, Pfautsch und Kallmeyer zu delegieren. Weiter liegt ein Schreiben des Herrn Karl Meyer vor, der sich gegen die Cröllwitzer Gerüche richtet und eine Beschwerde an die Regierung ankündigt. Ferner lädt der Verband reisender Kaufleute Deutschlands zu seiner Propagandaversammlung auf den 21. Mai ein.

Danach nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung Herr Oberbürgermeister Dr. Rive das Wort zu einer Erklärung gegenüber Angriffen, die das „Volksblatt" gegen den Stadtschularzt Dr. Peters aus Anlaß einer angeblichen Mißhandlung einer Schülerin in Cröllwitz gerichtet hat. Er verliest ausführlich amtliche Aeußerungen des Stadtschularztes, wonach die Schilderung des „Volksblattes" durchaus unwahr ist. Es hat überhaupt keine Mißhandlung weder durch den Schularzt noch durch den Lehrer stattgefunden. Tatsache ist nur, daß ein Mädchen, das ungezogen war, an die Wand gestellt wurde, es ist aber nicht geschlagen worden. Einwandfreie Zeugen bestätigen das. Die Lehrerschaft vermutet auch, daß die Anschuldigung nicht von den Eltern des Kindes ausgeht, sondern von anderer Seite dem „Volksblatt" in jener unzutreffenden Form zugetragen ist. Eine weitere umfangreiche Erklärung des Herrn Stadtschulrates stellte dem Stadtschularzt das Zeugnis aus, daß er mit großer Pflichttreue und in durchaus anerkennenswerter aufopfernder Weise seine Tätigkeit ausübt. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Rive bittet schließlich, von seiner Erklärung im Interesse der Wahrheit und des zu Unrecht angegriffenen Stadtschularztes Kenntnis zu nehmen.

Nunmehr tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Der Kaufmann Gustav Herrmann, Staudestr. 5, hat für die städtische Baustelle 15 an der Staudestraße von etwa 470 Quadratmeter Größe 14 000 Mk. geboten. Dieser Preis entspricht dem von der Baudeputation festgesetzten Einheitspreis und dem für die angrenzende Baustelle 14 kürzlich erzielten Kaufpreis von 17 000 Mk.

Die Versammlung beschließt, das Angebot anzunehmen. (Ref. Herr Stv. Ahrenholz.)

2. In Halle-Trotha sind die noch aus der Zeit vor der Eingemeindung stammenden Entwässerungsanlagen völlig unzulängliche. Nachdem nunmehr der Hauptsammelkanal, soweit er innerhalb des Gebietes von Halle-Trotha liegt, im wesentlichen fertiggestellt ist, liegt die Möglichkeit vor, auch für diesen Stadtteil geregelte Entwässerungsverhältnisse zu schaffen. In Uebereinstimmung mit der Baudeputation beantragt der Magistrat, die Ausführung der Entwässerungsanlage zu genehmigen und die auf 325 000 Mk. veranschlagten Kosten aus der Kanalbauanleihe zu bewilligen.

Dies geschieht. (Ref. die Herren Stvo. Kallmeyer und Gradehand.)

3. Der Jahresbeitrag der Stadtgemeinde an den Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt soll vom 1. April 1914 ab auf 300 Mk. erhöht und dieser Betrag für das Rechnungsjahr 1914 dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen werden. Zur Begründung wird ausgeführt: Die Stadtgemeinde ist dem Verbande der Arbeitsnachweise in der Provinz Sachsen und Anhalt mit einem Jahresbeitrage von 30 Mk. beigetreten. Die Geschäfte des Verbandes haben sich seit dieser Zeit in erfreulicher Weise stets vermehrt und erfordern notwendige Ausgaben für 1914 in Höhe von rund 30 000 Mk., denen nur etwa 16 000 Mk. Einnahmen gegenüberstehen, so daß etwa 14 000 Mk. ungedeckt bleiben. Für Beschaffung dieser fehlenden Mittel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140428018/fragment/page=0002

kommt nach Ansicht des Verbandes nur eine Erhöhung sämtlicher Leistungen von Staat, Provinz und den Mitgliedern in Betracht. Er bittet daher um einen Zuschuß von etwa 3 Mk. für je 1000 Einwohner neben dem bisherigen Beitrage. (Für Halle also 3 × 190 + 30 = 600 Mk.) Der Magistrat hält jedoch, abgleich dem Verbande durch Uebernahme des Arbeitsnachweises des Vereins für Volkswohl in städtische Verwaltung ein Jahresbeitrag von 50 Mk. verloren geht, einen städtischen Jahresbeitrag von 300 Mk. mit Rücksicht darauf für angemessen, daß der am 1. April kommunalisierte Arbeitsnachweis noch zu wenig entwickelt ist und die Erstattungen des Verbandes auf Fernsprech- und Portokosten bisher nur durchschnittlich 65 Mk. jährlich betragen haben.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Ritter.)

4. Ferner beschließt man, das der Stadtgemeinde von Frl. Sophie Bernhardy laut Testament vom 20. Februar 1913 zur Vergrößerung der Geschwister Bernhardy-Stiftung ausgesetzte Vermächtnis von 6000 Mk. anzunehmen.

(Ref. Herr Stv. Ritter.)

5. Das Kollegium erklärt sich damit einverstanden, daß die bei Kap. X des Stadthaushaltsplanes von 1913 verbliebenen Etatsreste auf das Rechnungsjahr 1914 übertragen werden.

(Ref. Herr Stv. Brehmer.)

6. Durch Beschluß vom 9. Februar hat sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden erklärt, daß unter gewissen Voraussetzungen die Nachbewilligung von Etatsüberschreitungen nicht im Laufe des Rechnungsjahres, sondern erst mit dem Jahresabschluß nachgesucht wird. Zu diesen Voraussetzungen gehört der Fall, „daß die Ueberschreitung bei ordnungsmäßiger Fortführung der Geschäfte entstanden ist und nicht 10 Proz. der Etatsposition und zugleich nicht den Betrag von 5000 Mk. übersteigt". Bei praktischer Uebung der gedachten, auf den Vorschlag des Magistrats beruhenden Bestimmung hat, wie Herr Stv. Steinbrück als Referent darlegt, sich ergeben, daß sie zu eng gefaßt ist, da bei der großen Menge niedriger Etatspositionen die festgesetzte Grenze von 10 Proz. zu sofortigen Nachbewilligungsanträgen in Fällen zwingt, deren unbedeutendes Objekt den umständlichen Apparat eines besonderen Gemeindebeschlusses nicht rechtfertigt. Es wird gebeten, diese Grenze dahin zu erweitern, daß bei Etatspositionen bis zu 500 Mk. erst eine Ueberschreitung von 50 Proz. die entsprechende Vorlage im Laufe des Rechnungsjahres bedingt. Außerdem erscheint es aber auch angemessen, die Aussetzung der Nachbewilligung bis zum Finalabschluß generell für den Fall vorzusehen, daß die Ueberschreitung erst nach Ablauf des Rechnungsjahres festgestellt wird. Der Magistrat ersucht nach beiden Richtungen um eine Ergänzung des Beschlusses.

Die Versammlung stimmt zu und setzt die Grenzen statt mit 500 Mk. sogar mit 1000 Mk. fest.

7. Die Gründung eines

Ausgleichsfonds

befürwortet namens des Etatsausschusses Herr Stv. Colberg; er hält sich dabei an eine Magistratsvorlage (die den Pressevertretern auffallenderweise nicht zugegangen ist. Es liegt wohl nur ein Versehen vor. Die Red.).

Herr Stv. Emmer: Ich halte die Vorlage für unzeitgemäß. Wir haben im nächsten Jahr, wenn Herrn v. Hollys Voraussagen richtig sind, keine Ueberschüsse zu erwarten, also kann die Gründung eines Ausgleichsfonds einstweilen keine praktische Bedeutung gewinnen. Es ist uns im Gegenteil schon eine Steuererhöhung in sichere Aussicht gestellt; was sollen wir da heute schon die Materie anfassen? Grundsätzlich bin ich gegen einen solchen Ausgleichsfonds, und ich befinde mich da in der Gesellschaft des Herrn Keil, der seinerzeit darlegte: Die Stadt darf den Bürgern nur soviel Steuern abnehmen, als sie zur Fortführung der Verwaltung nötig hat. Ich finde, die Bildung eines Ausgleichsfonds ist nicht vereinbar mit dem Gesetz. Wir haben kein Recht, mehr Steuern zu erheben, als wir brauchen. Ich beantrage Vertagung der Sache.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der Vertagung mit allen gegen 5 Stimmen. Der Ausgleichsfonds selbst wird mit 22 gegen 16 Stimmen angenommen.

8. Die Obstbäume an der Merseburger Chaussee auf der Strecke von der Artilleriekaserne bis zur Gemarkungsgrenze südlich der Casseler Bahn stehen im Privatbesitz des Plantagenbesitzers Paul Huber, dem auch ein sogen. Pflanzungsrecht, d. h. das zeitlich unbeschränkte Recht, die alten Bäume durch Nachpflanzung zu ersetzen, zusteht. Die Stadtgemeinde hat bereits im Jahre 1900 einen Teil der Bäume einschl. des Pflanzungsrechtes abgelöst, und zwar für die Strecke Huttenstraße bis Artilleriekaserne. Vor kurzem hat die Eisenbahnverwaltung auf der südlichsten Strecke der Chaussee, welche von den Unterführungsarbeiten am Rosengarten in Anspruch genommen wird, auf ihre Kosten einen weiteren Teil abgelöst und dabei für 64 Bäume einschl. des Pflanzungsrechtes den Betrag von 7000 Mark gezahlt. Herrn Huber stehen danach noch auf Halischem Gebiet 179 Bäume zu, das ist die Strecke zwischen der Artilleriekaserne und dem Beginn der Rosengartenunterführung. Der Magistrat ist der Meinung, daß es im öffentlichen Interesse geboten ist, nunmehr auch an die Ablösung dieses Restteiles der Plantage heranzutreten, und hat entsprechende Verhandlungen mit Herrn Huber gepflogen. Herr Huber forderte zunächst auf Grund beigebrachter Taxe einschl. des Pflanzungsrechtes 13 869 Mk., während unser Gartendirektor die Bäume, allerdings ausschließlich des Wertes des Pflanzungsrechtes, auf 6901 Mk. bewertete. Das Pflanzungsrecht wird von Huber mit 20 Mark für den Baum bewertet und ist zu diesem Betrage auch von der Eisenbahnverwaltung anerkannt worden. Nach längerem Verhandeln hat Herr Huber seine Forderung auf 12 000 Mk. und schließlich endgültig auf 10 000 Mk. ermäßigt. Der Magistrat hat beschlossen, das letzte Angebot anzunehmen und den erforderlichen Geldbetrag von 10 000 Mark aus dem Substanzgelderfonds zu nehmen.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Herzfeld.)

9. Die Rechnung der von Ritterschen Stiftung für das Kalenderjahr 1913 wird entlastet.

(Ref. Herr Stv. Renner.)

10. Ferner die Rechnung der Kämmereikasse für 1912.

(Ref. Herr Stv. Gradehand.)

11. Desgleichen die Rechnungen für das Rechnungsjahr 1912: des städtischen Schlachthofes, des städtischen Viehhofes, des Erneuerungsfonds des städtischen Schlachthofes, des Erneuerungsfonds des städtischen Viehhofes, Asservaten- und Vorschußrechnung des städtischen Schlacht- und Viehhofes, Freibank-Rechnung des städtischen Schlachthofes, Rechnung der Kleiderkasse für die Unterbeamten des städtischen Schlacht- und Viehhofes.

(Ref. Herr Stv. Günter.)

12. Rechnung der Kasse der Handwerkerschule für das Rechnungsjahr 1912. Die eingetretenen Ueberschreitungen sind bereits nachbewilligt.

(Ref. Herr Stv. Günter.)

Punkt 13 fällt aus.

14. Die Entlastung der Wasserwerksrechnung für 1912 wird ausgesprochen.

(Ref. Herr Stv. Spindler.)

15. Die Abrechung des Spezialkredits „Erneuerung der Warmwasserbereitungs- und Dampfkondensationsanlage im Schlachthofe" wird entlastet.

(Ref. Herr Stv. Spindler.)

16. Desgleichen die Rechnung über die im Rechnungsjahre 1912 abgerechneten Baukonten „Straßenbauten".

(Ref. Herr Stv. Renner.)

17. Eine Anzahl Stadtverordneten haben folgenden Antrag gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um Schaffung einer Handbibliothek im Vorzimmer des Stadtverordnetensitzungssaales, die u. a. die städtischen Haushaltspläne, Jahresberichte, statistische Monatshefte, wichtige kommunale Nachschlagewerke und ein größeres Handlexikon enthalten soll.

Herr Stv. Hoë begründet den Antrag, der einstimmig angenommen wird.

18. Ein Antrag Hennig und Gen., um Aufhebung des § 16 der Städteordnung und Einführung geheimer Stimmabgabe für Stadtverordnetenwahlen bei den gesetzgebenden Körperschaften zu bitten, wird als nicht zur Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung gehörig abgelehnt.

(Ref. Herr Stv. Hennig.)

Jugendpflege im Regierungsbezirke Merseburg.

Soeben versendet der Arbeitsausschuß für Jugendpflege im Regierungsbezirke Merseburg seinen 6. Geschäftsbericht (1. Okt. 1913 bis 31. März 1914). Dieser Bericht, der, wie seine Vorgänger, zugleich Rundschreiben an die Orts- und Kreisausschüsse für Jugendpflege und Leiter und Helfer in Jugendvereinigungen des Bezirks ist, gibt wieder einen höchst erfreulichen Beweis für den Fortgang dieser für unsere Zeit ohne Zweifel wichtigsten Sache. Ein prächtiges Bild: Jugend-Schwimmbad in Gräfenhainichen, schmückt das Titelblatt. Aus der Uebersicht über die Zahl der Jugendlichen, die von der Jugendpflege gewonnen sind, ersehen wir, daß von den 70 194 männlichen Jugendlichen vom 14. bis 20. Jahre im Regierungsbezirke 25 218 erfaßt sind, also 30 Prozent, in einigen Kreisen sind es 50 bis 65 Prozent. Von den 25 218 Jugendlichen gehören den konfessionellen Jugendvereinigungen an 3149, also 12 Prozent, 88 Prozent sind gesammelt in den Jugendvereinen im Anschlusse an Schulen, in den vaterländischen Turn-, Spiel-, Sportvereinigungen und sonstigen im vaterländischen Sinne geleiteten Vereinen. Die Gesamtzahl der weiblichen Jugendlichen vom 14. bis 20. Jahre beträgt 68 931. Davon sind von der Jugendpflege erfaßt 8411, d. i. 12 Prozent. Es gehören zu den konfessionellen Jugendvereinen 56 Prozent, zu den übrigen 44 Prozent. Daß im Bezirke tüchtige Werbearbeit von den Jugendpflegern getrieben worden ist, zeigen die Berichte über ihre Reisen und Kurse. Die Berichte über die Kurse für leichte Holz- und Papparbeit werden durch einen Aufsatz vom Lehrer Bergmann in Weißenfels: „Handfertigkeit im Dienste der Jugendpflege unter besonderer Berücksichtigung ländlicher Verhältnisse" ergänzt. Der ländlichen Jugendpflege ist in diesem Aufsatze mit seinen prächtigen Vorlagen für allerlei praktische Gegenstände in Haus, Hof, Stall, Garten usw. nach dieser Richtung hin ein wertvoller Wegweiser gegeben. Die weibliche Jugendpflege wird in dem 6. Geschäftsbericht ganz besonders berücksichtigt. (Turn- und Spielkurse für Leiterinnen in weiblicher Jugendpflege, Bericht über den Naumburger Mädchenbund usw.) Sehr erfreut hat uns, daß der Turnplan des Nordostthüringer Turngaues für die Gau- und Bezirksvorturnerstunden mit abgedruckt ist. Wie rührig die einzelnen Ortsausschüsse gewesen sind, ersehen wir aus den Berichten über Gräfenhainichen, Ammendorf, Artern, Weißenfels. Mit ganz besonderer Freude nehmen wir Kenntnis von der Weiterentwickelung der Jugendheime. Am 1. April 1911 waren im Bezirke 83 Jugendheime vorhanden, jetzt sind es 424. Wertvolle Beiträge zur Organisation geben die Satzungen für einen Jugendverein, für den Ortsausschuß, das Statut für eine zusammenfassende und ergänzende Tätigkeit verschiedener Jugendvereinigungen eines größeren Ortes und die Organisation im Kreise Weißenfels und die Instruktion für den Kreisjugendpfleger. Im Kreise Weißenfels haben sich Zentralisation und Dezentralisation in vorbildlicher Weise vereinigt. Den Fachmann wird die schematische Darstellung sämtlicher Mittel und Wege der Jugendpflege sehr interessieren.

Wir können die Lektüre dieses 6. Geschäftsberichtes nicht dringend genug empfehlen. Jeder Ortsausschuß erhält ihn auf amtlichem Wege, weitere Exemplare können aber vom Arbeitsausschusse (Landratsamt in Naumburg a. S.) gratis bezogen werden.

Der Bezirksverein der Aerzte im Regierungbezirk Merseburg hält seine Frühjahrsversammlung am Donnerstag, den 30. April, nachmittags ½6 Uhr im Grand Hotel Berges in Halle ab. Auf der Tagesordnung steht neben den Vorstands- und Schiedsgerichtswahlen, Beschickung des Münchener Aerztetages und Besprechung seiner Tagesordnung ein Vortrag des Herrn Prof. Schmieden über die chirurgische Behandlung des Magengeschwürs. Herr Prof. Abderhalden ist durch Abwesenheit verhindert, seinen angekündigten Vortrag zu halten.

Schutzverband zur Sicherung von Bauforderungen für Halle a. S. und Umgegend. In der Mitgliederversammlung am Dienstag, den 28. April, im „Mars-la-Tour" hier wird über die Tätigkeit in der letzten Zeit berichtet und ein Vortrag über Bauverträge (Werk- und Lieferungsverträge), die gegen die guten Sitten verstoßen, gehalten werden, an den sich eine allgemeine Aussprache anschließt.

Kirchenmusik. Sonntag, den 3. Mai (Jubilate), nachmittags 4 Uhr findet in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Nietleben eine Kirchenmusik statt. Zu freundlicher Mitwirkung haben sich bereit finden lassen: Frau Dr. Roehte (Sopran), Frl. Susanne Scharfe (Violine), Frl. Sophie Peppmüller (Violine), Herr cand. germ. Oskar Rebling (Orgel), Herr Pastor Naucke (Baß).

Provinzial-Nachrichten.

√ **Merseburg**, 27. April. (Erhängt. — Leichenlandung.) Am Sonntag erhängte sich hier eine 70jährige Witwe aus Lebensüberdruß. — Ein weiblicher Leichnam wurde am Sonntag nachmittag am Saaleufer gelandet. Jedenfalls handelt es sich um ein Dienstmädchen aus Weißenfels, das vor einigen Tagen freiwillig den Tod in der Saale gesucht hat.

n. **Weißenfels**, 26. April. (Personalien. — Einquartierung.) Versetzt wurden der Bahnhofsvorsteher Brendel von Zella nach Weißenfels, Bahnhofsvorsteher Fränzel von Weißenfels nach Luckenau und der technische Eisenbahnsekretär Voigt von Erfurt nach Weißenfels. — Unser Nachbarort Langendorf erhält vom 28. bis einschließlich 29. April Einquartierung. Vom Telegraphenbataillon Nr. 5 in Clausdorf bezieht die 5. (Funker-) Kompagnie Quartier, und zwar 2 Offiziere, 5 Unteroffiziere, 26 Mann und 26 Dienstpferde.

! **Zeitz**, 27. April. (Fliegerlandung.) Heute früh, kurz nach 7 Uhr, landete wegen Wasserrohrbruches ein bayerischer Militärdoppeldecker ziemlich plötzlich auf dem Rosnerschen Felde an der Weinbergstraße. Das Flugzeug, bemannt mit zwei Offizieren, ist früh gegen ¾7 Uhr in Leipzig aufgestiegen und will nach München zurück, von wo es gestern gekommen ist. Die Flieger beabsichtigten, nach Behebung des Schadens gegen Mittag wieder aufzusteigen.

Naumburg, 27. April. (Die historische Kommission für die Provinz Sachsen) und das Herzogtum Anhalt wird zu ihrer heurigen Tagung am Sonnabend, den 16., und Sonntag, den 17. Mai, unter Leitung des Geheimen Regierungsrats Universitätsprofessors Th. Lindner, Halle, in unserer Stadt zusammentreten.

§ **Von der Unstrut**, 26. April. (Die Viehpreise) sind in letzter Zeit, da der Geschäftsgang im Viehhandel schleppend war, wiederum etwas zurückgegangen und betragen jetzt: für Ochsen 1. Güte 45, 2. 40—41, für Bullen 43—45, 40—42, für Stiere 44—45, 40—42, für Rinder 35—39, 30—34, für Kälber 55—56, für Lämmer 42—44, 40—42, für Schöfe 36—40, 35—37, für Schweine 40—42, 38—39 Mark für den Zentner lebendes Gewicht.

K. **Wiehe**, 25. April. (Jagdverpachtung.) In der Nachbargemeinde Garnbach wurde am 3. April die 308 Morgen große Wald- und Feldjagd verpachtet. Erst nach 3 Wochen wurde unter den drei Bestbietenden dem Hotelier Artur Franke aus Wiehe für 255 Mark der Zuschlag erteilt.

Stiege, 27. April. (Auktion.) Dieser Tage fand eine Nushols-Auktion aus dem Forstamtsbezirk Stiege statt, bei der für etwa 100 000 Mark Hölzer verkauft wurden. Die Kauflust war rege, das Festmeter wurde mit über 30 Mk. und das Meter Nutrollen mit 13 Mk. bezahlt.

lb. **Delitzsch**, 27. April. (Zusammenstoß zwischen Radfahrer und Auto.) An einer Straßenkreuzung innerhalb der Stadt ist gestern nachmittag ein Radfahrer mit einem Automobil zusammengestoßen. Der Radfahrer, der 31 Jahre alte Kürschner Wilhelm Band von hier Vater von 5 Kindern, erlitt schwere innere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Führer des Automobils war Paul Gelbke aus Leipzig, Leffingstraße wohnhaft, der übermäßig schnell gefahren sein und das Signal nicht gegeben haben soll. Insassen waren zwei Leipziger unverheiratete Damen, die durch ihr zynisches Verhalten nach dem Unfalle großes Mißfallen erregten.

Helbra, 27. April. (Zum Leichenfund.) Gestern wurde der Bräutigam des jungen Mädchens verhaftet, dessen Leiche gestern morgen an Bad Anna ausgefunden wurde. Er soll im Verdachte der Täterschaft stehen. Von anderer Seite verlautet dagegen, daß das junge Mädchen selbst wiederholt geäußert hat, daß es sich das Leben nehmen wolle. Der Verhaftete, der gestern mittag dem Amtsgerichtsgefängnis in Eisleben zugeführt wurde, ist als ein sehr ordentlicher und fleißiger Mensch bekannt; er war seit mehreren Monaten als Monteur auf der Lichtzentrale der Kochhütte beschäftigt.

Erfurt, 27. April. (Zentralfriedhof.) Die Stadt Erfurt steht vor der Anlage eines Zentralfriedhofes und hat durch einen Wettbewerb die Unterlagen für die künstlerische Gestaltung der neuen Anlage gewonnen. Um nun schon vorher das Interesse des Publikums für die Bestrebungen zur würdigen Gestaltung des Friedhofes zu gewinnen, soll vom 13. Juni bis 12. Juli 1914 auf dem alten Brühler Friedhofe eine Ausstellung für Friedhofskunst veranstaltet werden. Das Ehrenpräsidium haben Regierungspräsident von Fidler und Oberbürgermeister Dr. Schmidt übernommen.

✠ **Langensalza**, 26. April. (Ein Denkmal für Langensalza.) Der Vorstand des Kreis-Krieger-Verbandes Langensalza hat beschlossen, die Errichtung eines würdigen Denkmals für die in der Schlacht bei Langensalza am 27. Juni 1866 gefallenen Angehörigen des Ersatzbataillons des 3. Thür. Infanterie-Regiments Nr. 71 auf dem Schlachtfelde in die Wege zu leiten. Der Vorsitzende des Kreis-Krieger-Verbandes, Kammerherr und Rittmeister d. R. von Marschall auf Altengottern hat es übernommen, sich zunächst mit dem Kommando des 71. Regiments in Erfurt ins Einvernehmen zu setzen, worauf alsdann ein Aufruf an alle ehemaligen Angehörigen des Regiments erfolgen soll. Noch leben eine Anzahl Veteranen, die im Ersatzbataillon des 71. Inf.-Rgts., dem u. a. auch die sämtlichen noch nicht militärisch ausgebildeten Einjährigen des Regiments zugeteilt worden waren, die Schlacht bei Langensalza mitgemacht haben. Alle diese werden sicherlich den Beschluß um so mehr begrüßen, als bisher kein Stein, kein Kreuz der Nachwelt Kunde gab, daß auch Thüringens brave 71er bei Langensalza kämpften, bluteten und starben.

Mühlhausen, 26. April (Finanzminister Dr. Lentze Ehrenbürger der Stadt Mühlhausen.) Anläßlich der Einweihungsfeier der restaurierten Ratsräume am 2. Mai wird nach einem gestrigen Beschluß der städtischen Körperschaften der ehemalige hochverdiente Oberbürgermeister von Mühlhausen, jetzige preußische Finanzminister Dr. Lentze zum Ehrenbürger der Stadt Mühlhausen ernannt werden.

Pößneck, 26. April. (Thüringer Hundeausstellung.) In Pößneck findet am 17. Mai die große Thüringer Verbands-Hundeausstellung statt. Außer wertvollen Fürsten- und Stadtpreisen stehen der Leitung über 100 wertvolle Ehrenpreise zur Verfügung. Gegen 5000 Mark kommen an Barpreisen für gute Hunde zur Verteilung.

K. **Schönewerda**, 25. April. (Wassermangel.) Seit einiger Zeit ist der 45 Meter tiefe Brunnen auf dem Vorwerk „Günthers Hof", gehörig zu Rittergut Schönewerda, vollständig versiegt. Man vermutet, daß der in der Nähe liegende Kalischacht Thüringen II schuld daran ist, welcher jetzt geteuft wird. In dem Schachtloch, das eine Tiefe von 280 Meter erreicht hat, stehen 240 Meter Wasser. Das Teufen wurde eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen. Mit dem Domsonnschen Verfahren gedenkt man Herr über das Wasser zu werden.

w. **Frose**, 26. April. (Vereitelte Landung. — Pastor Palm.) Heute mittag überflog unseren Ort ein Freiballon in sehr geringer Höhe, der die Absicht hatte, südlich unseres Ortes zu landen. In einer Höhe von ungefähr 40 Meter bemerkten die Luftschiffer aber wohl das Bruchfeld mit seinen tiefen und großen Brüchen und die Hochspannungsleitung der Ueberlandszentrale Osthara. Sie gaben sofort Ballast, wodurch der Ballon schnell aufwärts stieg und in ganz beträchtlicher Höhe Aschersleben überflog. Eine Landung an dieser Stelle konnte für die Fahrer höchst gefährlich werden; das Schleppseil berührte schon fast die Drähte der Ueberlandszentrale. — Jetzt ist, nachdem durch Beschluß des Oberkirchenrats vom vorigen Jahre das im Jahre 1910 gegen den Pfarrer Palm im benachbarten Milseleben (wir berichteten darüber) eingeleitete Zwangspensionierungsverfahren mangels zureichender Unterlagen für eine angebliche geistige Störung ausgesetzt werden mußte, durch Entscheidung derselben Behörde ein gleiches geschehen mit dem seit zehn Monaten schwebenden förmlichen Disziplinarverfahren.

Cöthen, 27. April. (Cöthen als Flugstützpunkt.) Dieser Tage weilte ein Herr aus Hannover, Herr Direktor Unger, hier, um Verhandlungen wegen Errichtung eines Flugstützpunktes anzuknüpfen. Das für den Platz erforderliche Terrain dürfte sich beschaffen lassen. Die Stadt besitzt in der Nähe des Wasserturmes ein größeres Gelände, das durch Hinzukauf von Ackerland sich als geeignet erweisen würde. Wenn sich die Errichtung eines Flugstützpunktes hier ermöglichen lassen sollte, dürfte unsere Stadt, da auch industrielle Anlagen geplant sind, bedeutend gewinnen. Daß die Verhandlungen ernsteren Charakter annehmen, geht schon daraus hervor, daß Herr Direktor Unger behufs Niederlegung nach hier sich bereits um den Ankauf einer Villa in der Baasdorfer Straße bemüht hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140428018/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Für das Fach der vergleichenden Sprachwissenschaft habilitiert sich am 2. Mai in Jena Dr. phil. Friedrich Slotty. Dr. Slotty ist 1881 zu Brieg, Bez. Breslau, geboren. — Professor Dr. med. et phil. Karl Escherich, bisher an der kgl. sächs. Forstakademie zu Tharandt, dem vom 1. April d. Js. ab die Professur der Zoologie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe als Nachfolger von Geh. Rat Prof. Nüßlin übertragen wurde, hat jetzt einen Ruf als etatsmäßiger a. o. Professor für angewandte Zoologie an die Universität München vom 1. Oktober ab angenommen. — Der Geheime Hofrat Joseph Bühlmann, ordentlicher Professor der Baukunst an der Technischen Hochschule zu München, begeht am 28. April seinen 70. Geburtstag.

Der 70. Geburtstag von Geheimrat Riehl. In seiner Villa in Neu-Babelsberg verlebte Montag der Professor an der Berliner Universität, Geheimer Regierungsrat Dr. Alois Riehl, seinen 70. Geburtstag. Gratulanten sprachen schon vom frühen Morgen an in seinem Hause vor. Als einer der Ersten erschien der Göttinger Professor Heinrich Maier und überreichte für das Dozentenhaus im Namen der Freunde und Schüler eine Stiftung von 17 000 Mark, die noch um ein Legat von 10 000 Mk. vermehrt wird. Später überreichte Dr. Heinrich Scholz, Privatdozent an der Berliner Universität, dem Geburtstagskinde eine Festschrift, die ausschließlich von Freunden und Schülern verfaßt ist. Dann kam Professor Dr. Spranger (Leipzig), um namens der philosophischen Gemeinde des 70jährigen die Glückwünsche zu überreichen. Dr. Arthur Liebert überbrachte im Namen der Kant-Gesellschaft ein Heft der Gesellschaft und sprach ihre Glückwünsche aus. Zuletzt erschienen Vertreter der Berliner Studentenschaft, gratulierten dem verehrten Hochschullehrer und baten ihn, in der nächsten Woche als Zeichen ihrer Verehrung einen Fackelzug annehmen zu wollen. Diese Bitte wurde natürlich nicht abgeschlagen. Aus aller Herren Länder trafen zahlreiche Telegramme ein.

Prof. Dr. Hermann Kluge †. Im 83. Lebensjahre ist am Sonnabend mittag nach kurzem Krankenlager der langjährige Bibliothekar der herzoglichen Landesbibliothek, Geh. Hofrat Professor Dr. Hermann Kluge in Altenburg gestorben. Der Verstorbene ist als der Verfasser der Geschichte der deutschen Nationalliteratur weiten Kreisen bekannt geworden.

Theater und Musik.

„Schneider Wibbel" im Künstlertheater.

Aus Berlin wird uns geschrieben: „Schneider Wibbel", der wackere Rheinländer, der unter der befreienden Macht des Gerstensaftes seinen so gar nicht schneiderhaften Zorn gegen Napoleon derb in Worte kleidet, hat nun auch in Berlin seinen Einzug gehalten und dem Deutschen Künstlertheater der Sozietät, die bislang mit Triumphen nicht verwöhnt war, einen hübschen Erfolg mitgebracht. Die fröhliche, sauber gearbeitete Komödie von Hans Müller-Schlosser, die heiter und ohne dichterischen Ehrgeiz ihren Weg geht und nur an einem etwas zu breiten 1. Akt krankt, ward herzlich belacht und beklatscht. Schneider Wibbels traurigkustige Geschichte ist bekannt: man weiß, wie er lebendigen Leibes und nicht ohne Rührung seinem eigenen Leichenbegängnis zuschaut und eigentlich tot ist, weil der amtliche Stempel des Totenscheines es nicht anders will. Das beifallslustige Publikum amüsierte sich nicht nur über die geschickt ersonnene lustige Handlung, es freute sich auch an den schönen, bunten Bildern, die die stürmischen Zeiten des napoleonischen Zeitalters gleichsam im spießbürgerlichen Spiegel einfangen. Unter der Regie Grunwalds, der eine wohlabgerundete Aufführung formte, errang Tiedtke als Schneider Wibbel den stärksten Erfolg. Neben ihm erschien Senta Söneland als die Frau Meisterin. Hans Marr ragte in der kleinen Rolle des Polizeisergeanten hervor.

Wd.

Bühnenchronik.

Zwei Einakter von E. B. Schwitzky, die unter dem Sammeltitel „François" im Rahmen eines Einakterabends am Königsberger Neuen Schauspielhaus ihre Uraufführung erlebten, gehen der „Voss. Ztg." zufolge mit Witz, Grazie und hübscher Dialogkunst, aber ohne Originalität, auf den Spuren von Schnitzlers „Anatol". Sie brachten dem in Königsberg lebenden Autor einen warmen Erfolg.

Drei Einakter von Jakob Wassermann fanden am Residenztheater in München am Sonnabend durchschlagenden Erfolg dank der ungewöhnlich guten Darstellung. In „Lord Hamiltons Bekehrung" gefiel Helene Ritscher als Lady Hamilton.

Paul Apels „Liebe" wurde im Interimstheater in Dresden zum ersten Male gespielt. Das Stück, das Apel vor „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt" geschrieben hat, und das von der ironischen Stimmung der naturalistischen Jahre durchtränkt ist, fand dank ausgezeichneter Darstellung und der Regie Renés starken Beifall.

Die Leipziger Theaterkrise, die durch die erhöhte Subventionsforderung Geheimrat Martersteigs eröffnet wurde, erhält durch einen „Offenen Brief an den Rat der Stadt Leipzig", den Erich Oesterheld in der „Deutschen Bühne" (Verlag Oesterheld u. Co., Berlin W. 15) dem amtlichen Blatt des Deutschen Bühnenvereins, veröffentlicht, eine neue interessante Beleuchtung. Der Verfasser richtet an den Rat der Stadt Leipzig das dringende Ersuchen, den Intendanten Martersteig nicht durch ein ungerechtfertigtes Mißtrauens-Votum zu kränken, sondern ihn vielmehr durch tatkräftige Unterstützung zu fördern. Martersteig sei einer der begabtesten, fortschrittlichsten und feinnervigsten Theaterleiter Deutschlands, der Idealismus und Selbstaufopferung für Dinge literarischer Kunst bis zur Grenze des Möglichen besitzt. Die ganze Krise sei nur das Resultat eines Klatsches, und die erhöhte Subventionsforderung nur dadurch entstanden, daß der Stadtverordneten-Referent 300 000 Mk. aus anderen städtischen Konti herausgeholt und diese dem Theaterbudget belastet habe. Es sei einfach Pflicht, einen Mann von den literarischen und künstlerischen Verdiensten Martersteigs auf seinem verantwortlichen Platz ruhig arbeiten zu lassen.

Max Regers endgültiger Rücktritt in Meiningen? Max Reger hat nach einer dem „Kölner Tageblatt" entnommenen und vom „Werraboten" weiter verbreiteten Meldung nunmehr endgültig sein Amt als Meininger Hofkapellmeister niedergelegt.

Gerichtsverhandlungen.

In sieben Jahren 50 000 Mark veruntreut.

Halberstadt, 26. April. Vor der 1. Strafkammer wurde gestern nachmittag gegen den Kaufmann und früheren Gastwirt Gustav Jacobs von hier verhandelt, der seit 1906 bei der Filiale Halberstadt der Zentral-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen zu Halle a. d. Saale als Geschäftsführer angestellt war. Er erhielt anfangs 2400 Mark Gehalt und täglich 8 Mark Spesen, da er viel reisen mußte. Mit dieser Tätigkeit nahm er es so ernst, daß der Jahresumsatz, der bei seinem Eintritt nur 60- bis 80 000 Mark betrug, im Laufe der Jahre bedeutend stieg, und z. B. 1908 eine Höhe von über 500 000 Mark erreichte. Bei einer Prüfung der Geschäftsbücher der Filiale im Frühjahr 1913 stellte sich jedoch ein Manko von 39 000 Mark heraus, das bei nochmaliger Prüfung auf 45- bis 50 000 Mark anwuchs. Nun wurde Jacobs entlassen und gegen ihn Anklage wegen fortgesetzter Veruntreuungen erhoben. Er erklärte gestern vor Gericht, er habe die Gelder lediglich im Interesse der Ankaufsstelle entnommen und will auch ein Automobil, das er unter Benutzung der gleichen Geldquelle in Berlin für 4000 Mk. kaufte, sowie nach dessen Abnutzung ein zweites, das ebensoviel kostete, nur im Dienste der Filiale benutzt haben. Der Staatsanwalt hielt fortgesetzte Untreue für erwiesen und beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Jacobs wegen Veruntreuung von mindestens 15 000 Mark zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein strenges Urteil. Ein äußerst strenges Urteil fällte die Pariser Strafkammer gegen den Parfumfabrikanten Rebus, der seit ca. einem Jahre falsche Deklarationen über den Alkoholgehalt seiner Fabrikate abgegeben und dadurch den Fiskus um erhebliche Summen geschädigt hat. Er wurde zu einer Geldstrafe von 283 000 Francs verurteilt, die er bei sofortiger Pfändungsdrohung innerhalb zweier Jahre an die Staatskasse zu zahlen hat.

Vermischtes.

Carusos teuerste „Leidenschaft". Enrico Caruso ist jetzt abermals wegen Bruchs des Eheversprechens auf Zahlung eines Schadensersatzes von 400 000 Mark verklagt worden. Die Klägerin, eine sehr hübsche, 29jährige Dame namens Mildred Messieri, erklärte, daß ihr der berühmte Tenor mehrfach in Gegenwart von Freunden das Eheversprechen gegeben habe. Bereits seit dem Jahre 1909 wurde sie überall als Frau Caruso vorgestellt. Caruso hat sie dann unter den verschiedensten Ausreden hingehalten, um sie schließlich im Herbst 1913 vollkommen zu verlassen. Eine gütliche Einigung hat der berühmte Tenor abgelehnt und der Prozeß wird nun in den nächsten Tagen in Newyork seinen Anfang nehmen.

Die Folgen eines Osterkusses. Der russische Student Iwanoff geht der unangenehmen Aussicht entgegen, nach Sibirien verschickt zu werden, weil er allzu hartnäckig auf seinem Rechte auf den Osterkuß bestand. Bekanntlich herrscht in Rußland in der Osterwoche der Brauch, Freunden und Bekannten den Ostergruß mit den Worten zu bieten: „Christ ist erstanden", worauf der andere zur Antwort gibt: „Ja, er ist erstanden", und beide umarmen und küssen sich. Selbstverständlich pflegt die ausländische Kolonie in Petersburg diesen an sich schönen Brauch nicht, was aber den liebebedürftigen russischen Studenten nicht hinderte, sich seines Vorrechtes zu dem Zwecke zu bedienen, die französische Studentin Albert, die er im geheimen schon lange liebte, als er ihr auf der Straße begegnete, gehörig abzuküssen. Leider nahm die Dame diese Liebesbezeugung arg übel, sie wand sich in den Armen des allzu stürmischen Liebhabers und rief aus Leibeskräften um Hilfe. Auf das Geschrei eilte ihr Bruder herbei, der den Angreifer mit einem gewaltigen Faustschlag gegen die Mauer eines Hauses schleuderte. Der darob wütende Iwanoff riß einen Revolver aus der Tasche und gab auf seinen Angreifer einen Schuß ab, ohne ihn glücklicherweise zu treffen. Dann floh er die Straße herab, sprang in eine Autodroschke und zwang den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zu rasender Fahrt. Drei andere mit Polizisten besetzte Automobile nahmen die Verfolgung auf, ohne sich durch die Schüsse, die der Student unaufhörlich abfeuerte, schrecken zu lassen. Schließlich mußte sich der Student ergeben, als er seine Munition verschossen und ihm der Chauffeur die Waffe aus der Hand geschlagen hatte. Nach einer tüchtigen Tracht Prügel wurde Iwanoff auf die Polizei gebracht, und es kann kein Zweifel bestehen, daß der kußwütige Student vom Gericht zur Deportation nach Sibirien verurteilt werden wird.

Einweihung des deutschen Journalistenheims. Aus Dresden, 26. April, wird berichtet: In Anwesenheit des Kronprinzen Georg, des Prinzen Friedrich Christian, des Kreishauptmanns v. Nibda und des Amtshauptmanns Dr. Streit wurde heute in Oberwartha das Deutsche Journalistenheim eingeweiht. Es ist vom Dresdener Ortsverband der Münchener Pensionsanstalt für Journalisten und Schriftsteller errichtet worden mit Unterstützung der Sächsischen Regierung sowie der Stadt Dresden. Dr. Muedler begrüßte die Prinzen und lud sie zu einem Rundgang ein, an den sich ein Frühstück schloß. Zu Ehrenmitgliedern des Ortsverbandes wurden Minister Graf Wittdum, Ministerialdirektor Dr. Rumpelt und Oberbürgermeister Dr. Beutler ernannt. Das Heim steht allen deutschen Journalisten gegen einen niedrigen Pensionspreis zur Verfügung.

Ein amerikanisches Räuberstückchen. Einem einzigen maskierten Banditen ist es gelungen, den Erpreßzug von Hot Springs nach Haskell vollkommen auszuplündern. Er stand in den Postwagen ein, zwang mit vorgehaltenem Revolver die Postbeamten ihm die Postsäcke auszuliefern, nahm bares Geld in Höhe von 5600 Dollars an sich, sprang aus dem fahrenden Zuge und verschwand spurlos.

Damen als Schachfiguren. Anläßlich des fünfzigjährigen Jubiläums des Budapester Schachklubs werden im Herbst große Feierlichkeiten geplant, an denen auch mehrere der hervorragendsten ausländischen Matadore teilnehmen werden. Die Sensation der Feierlichkeiten wird das lebende Schachspiel sein, das wahrscheinlich auf der Bühne der königlichen Oper abgehalten werden soll. Die Schachfiguren werden von 32 der schönsten Damen der vornehmsten Gesellschaft verkörpert werden, und zwar werden auf den weißen Feldern 16 blonde Damen in blauen Kostümen, auf den schwarzen Feldern 16 schwarzhaarige Damen in roten Kostümen bei Musikbegleitung Tänze aufführen.

Die Rauchleidenschaft der Amerikaner. Das bekannte amerikanische Parlamentsmitglied Hampton-Moore beklagt sich in einer in allen Städten Amerikas verbreiteten Flugschrift über den wachsenden Luxus in den Vereinigten Staaten. Er hat ausgerechnet, daß die Amerikaner nicht weniger als 350 Millionen Dollars jährlich allein für den in Amerika erzeugten Tabak ausgeben, ganz abgesehen von dem aus dem Orient importierten Tabak. Nicht weniger als 25 Millionen Dollars werden für den von den Amerikanern so beliebten Kautabak ausgegeben.

Sport-Nachrichten.

Pferdesport.

Rennen zu Torgau, 26 April.

Der Sächsisch-Thüringische Reiter- und Pferdezuchtverein veranstaltete Sonntag nachmittag 2½ Uhr auf dem Loswiger Heger bei Torgau sein erstes diesjähriges Pferderennen. Die einzelnen Konkurrenzen boten gutbesetzte Felder und interessanten Sport mit teilweise recht spannenden Endkämpfen. Nennenswerte Unfälle kamen, abgesehen von einigen sehr gefährlich aussehenden Stürzen, nicht vor. Die einzelnen Rennen verliefen wie folgt:

I. Hartenfels-Jagd-Rennen. Ehrenpreis und 800 Mark. Distanz: 3200 Meter. (22 Unterschriften.) 1. Lt. v. Ravens Chauton (Bes.), 2. Lt. Graf Rothkirchs Lutz (Bes.), 3. Lt. Schusters Cathinka (Lt. v. d. Decken). Ferner liefen: Mots Trooper, Charis, King Bart.

II. Stadt-Jagd-Rennen. Drei Ehrenpreise. Dist.: 2500 Meter. (18 Unterschriften.) 1. Lt. Graf v. d. Groebens Cunarder (Bes.), 2. Lt. Frhr. v. Salzas Campanile II (Bes.), 3. Lt Goebels Tolblac (Bes.). Ferner liefen: Frouklaht, Ben, Gulliver.

III. Melpitzer Jagd-Rennen. Ehrenpreis und 1000 Mark. Distanz: 3600 Meter (14 Unterschriften.) 1. Lt. Frhr. v. Berchems Fortunio (Bes.), 2. Lt. v. Ravens Cody (Bes.), 3. Hrn. F Handts Helvin (Lt. v. Knobelsdorf). Ferner lief: Chronometer.

IV. Damenpreis-Jagd-Rennen. Drei Ehrenpreise. Distanz: 2500 Meter (7 Unterschriften.) 1. Lt. Frantzs Dornröschen (Bes.), 2. Lt. Meyer-Becherers Kirsche (Bes.), 3. Lt. H. v. Borbergs Margarethe (Bes.). Ferner liefen: Unschuld, Walküre IV.

V. Landwirtschaftliches Rennen. Distanz: 1200 Meter. 150, 80, 50, 20 Mk. Sieben liefen.

Luftschiffahrt.

Neuer Weltrekord im Dauerflug. Der Caudronflieger Poulet hat Sonntag auf der Rundstrecke Etampes—Orleans einen Weltrekord im Dauerflug ohne Passagier aufgestellt. Poulet stieg mit einem Caudrondoppeldecker, 60 PS. Rhônemotor, morgens um 5 Uhr 8 Min. auf und landete erst abends 9 Uhr 37 Min. wieder, nachdem er ca. 938 Kilometer zurückgelegt hatte. Der Flieger ist 16 Std. 28 Min. 56⅘ Sek. in der Luft geblieben und hat somit den von dem deutschen Flieger Bruno Langer auf Roland-Doppeldecker am 3. Februar in Johannisthal aufgestellten Dauerweltrekord von 14 Std. 7 Min. geschlagen. Der von Charles Ingold auf Aviatik-Mercedes ausgeführte Flug von 16 Std. 20 Min. war, da er nicht auf abgesteckter Strecke, sondern über Land stattfand, nicht als offizieller Rekord anerkannt worden.

Flug Paris—Bremen. Auf dem Bremer Rennplatz landete Sonntag nachmittag, von Paris kommend, der schwedische Flieger Dr. Thulin. Er hatte in Cleve (Rheinprovinz) eine Notlandung vorgenommen und beabsichtigte, nach Hamburg zu fliegen, mußte jedoch infolge Defektes in Bremen niedergehen. Nach Beseitigung des Schadens will er Dienstag früh nach Hamburg weiterfliegen.

Letzte Depeschen.

Wieder eine deutschfeindliche russische Maßnahme.

Warschau, 27. April.

Die Petrikauer Gouvernementsbehörde verfügte die Schließung der drei alten deutschen Turnvereine in Lodz, Eiche, Kraft und des Deutschen Sportgymnastischen Vereins. Die betroffenen Vereine werden am 29. d. M. zu dieser Maßnahme Stellung nehmen.

Asquith will fest bleiben.

London, 27. April.

Asquith erklärte im Unterhause: Die englische Regierung werde geeignete Schritte unternehmen, um dem Gesetze auch in Irland vollste Anerkennung zu sichern.

Deutschland für die Vermittlung.

Washington, 27. April.

Der deutsche Botschafter sprach heute im Staatsdepartement vor und teilte Bryan mit, Deutschland würde seinen Einfluß in Mexiko-City dahin geltend machen, daß Huerta die Vermittlung der südamerikanischen Staaten annehme.

Die Mexikodeutschen wohlauf.

Mexiko, 27. April.

Die deutsche Kolonie ist wohl und infolge der rechtzeitig getroffenen umfassenden Schutzmaßregeln guter Dinge.

Sich selbst gestellt.

Potsdam, 27. April.

Der Gemeindevorsteher Paul Rother aus Drewitz, der wie gemeldet, nach Unterschlagung von 19 000 Mk. flüchtig geworden war, hat sich heute mittag der Staatsanwaltschaft in Potsdam selbst gestellt und ist dann verhaftet worden.

10 Jahre Zuchthaus.

Breslau, 27. April.

Georg Müller, der 30jährige Bureauvorsteher, der vor kurzem eine 15jährige Stenotypistin erschoß, ist heute vom Schwurgericht zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Explosion.

Algier, 27. April.

Auf dem russischen Dampfer „Kometer", der nach Rouen bestimmt war, ereignete sich, zwanzig Seemeilen südwestlich von Algier, eine schwere Explosion. Ein Teil der Besatzung wurde gerettet: fünfzehn Mann werden vermißt.

Bäder und Kurorte.

Bad Nauheim. Seit Eröffnung der Saison bietet sich wieder, namentlich im Park und auf der Terrasse, das belebte Bild buntbewegten Kurlebens. Auch in der Trinkkuranlage ist starker Verkehr. Bis zum 1. Mai finden die Konzerte nachmittags und abends, von da an 3mal täglich statt. Außer den zahlreichen technischen Verbesserungen im Bade bringt die Saison auch eine höchst wünschenswerte sportliche Bereicherung. Der bekannte Sportsman Herr J. von Pongracz wird ein erstklassiges Reitinstitut errichten.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.
(Nachdruck verboten.)

28. April: Wolkig mit Sonnenschein, warm, schwül, Gewitterneig.
29. April: Veränderlich, kühl, windig.
30. April: Kühl, windig, bewölkt, Niederschläge.
1. Mai: Feucht, kühl, lebhafte Winde, kalte Nächte.
2. Mai: Bewölkt, teils heiter, kühl.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140428018/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 78,10, Türken-Lose 165,50, Deutsche 241,75, Diskonto 188,25, Dresdner 150,37, Handels 152,25, Schaaffhausen 110, Kredit 192,75, Azow Don 222,50, Petersburger Intern. 183,75, Baltimore 88,25, Kanada 193, Lombarden 20,62, Orient 198, Henry 154,50, Schantung 139,12, Gr. Berliner 151,37, Paket 127,62, Hansa 256,50, Lloyd 110,50, Deutsch-Austral. 168,75, Aumetz 159,37, Bochumer 222,62, Deutsch-Luxemburger 128,87, Gelsenkirchener 181,62, Harpener 180, Laura 145,37, Phönix 236,62, Rombach 155,25, A. E.-G. 243,25, Schuckert 145,75, Siemens 213, Dynamit 173,87, Naphtha 395,50, South West 116,87, Türk. Tabak 234. Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Delmenhorst Linoleum 2, Deutsche Waffenfabrik 5, Müller Speisefett 4,80, Akt.-Ges. für Verkehrswesen 3,50, Deutsche Schachtbau-Ges. 5,50, Nordd. Zellulose 3,25, Busch Waggon 2,50, Daimler Motoren 5,50, Grevenbroich Maschinen 5, Baer & Stein 4,50, Ernst Schiess 2, Fraustädter Zucker 4,60, Köhlmann Stärke 4, Gebr. Krüger 2, Rhein. Sprengstoff 2, Bemberg Spinnerei 7,90, Rhein. Möbelstoff-Fabrik 3,50, Ver. Glanzstoff-Fabrik 3,50, Konkordia chem. Fabrik 2,25, Elberfelder Farben 3, Milch & Co. 2,75, Chem. Fabrik v. Heyden 9,25, Nitritfabrik 2, Fritz Schulz 2,50, Weiter-ter-Meer 2,50, Konkordia Bergbau 2,75, Konsolidation 4, Köln-Müsen Bergwerk 2, Oberschles. Koks 2, Rhein.-Nassau 8,25, Akt.-Ges. für Montanindustrie 4, Warsteiner Gruben 2, Hansa 2, Kanada 2,60, Wissener Metall 3, Hermannmühlen 6,50, Kappel Maschinen 2,50; niedriger: Adler Fahrrad 2, Balcke, Tellering & Co. 2, Frister & Rossmann 2, Kyffhäuserhütte 2,50, Loewe & Co. 2, Deutsche Gasglühlicht 2,10, Höxter Zement 2, Godesheim Elektron 3, Höchster Farben 2,75, Anhalter Kohlen 2,50, Königsborn 2, Max Jüdel 9,25, Terra 8,60.

Zum Kurszettel. Berlin, 27. April. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96.50bG. 4% Bayrische Staats-Anl. 97.25 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97.25 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 85.10bG. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 90,25 G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96.60G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 94.80 G, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,30 b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 94.10 b. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 99.40 G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101.70B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 03 99.00 b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 381.00 bG.

Londoner Börse vom 27. April. Es notierten: Engl. Konsols 74.62, Rio Tinto 70.25, Geduld 1.15, Goldfields $2^{7}/_{32}$, Steel com 58.75, Steel prefs. —.—, Rand Mines 5,96, Anaconda 6.75, Eastrand 1,78, Chartered 0,90, Aurora West 0,45, Cinderella Cons. 0,25, Johannesburg Goldfields 0,15, Van Ryn 3.31, Albus (Generals) 0.53, Rand Collieries 0,12, West Rand Consols 8/0, General Mining & Fin $^{41}/_{32}$, A. Görz & Co. $^{15}/_{32}$, Modderfontain 12.31.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 27. April.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	10600	10900	Johannashall	3600	3800
Bergmannssegen	7000	7100	Justus-Aktien	65%	—%
Burbach	10000	10300	Kaiseroda	6500	6700
Buttlar	575	650	Krügershall	133%	—%
Carlsfund	5300	5500	Mariaglück	1350	1450
Carlsglück	1250	1350	Max	4100	4250
Fallersleben	1600	1675	Neusollstedt	3200	3750
Felsenfest	3150	3250	Neustassfurt	13200	13500
Glückauf	18800	19700	Reichenhall	1600	1700
Günthershall	4700	4900	Ransbach	—	—
Hansa-Silberberg	5050	5700	Ronnenberg	—%	—%
Hedwig	1600	1700	Rothenberg	2325	2450
Heiligemühle	1050	1125	Salzdetfurth	—%	—%
Heiligenroda	10600	10800	Salzmünde	5750	5850
Heldburg	35%	36%	Teutonia	—%	—%
Heldrungen	900	950	Thüringen	3300	3500
Herta-Neurungen	2825	3000	Walter	1525	1600
Hohenfels	5400	5600	Wendland	—	—
Hohenzollern	—	—	Wilhelmshall	9200	9500
Hugo	9100	9300	Wintershall	19700	20200
Hüpstedt	2800	2900			

Vom internationalen Zuckermarkt.

Während der letzten Berichtswoche hat sich ein lebhafteres Geschäft gezeigt als seit Wochen. Die Preise konnten dabei überall etwas profitieren. Der Bedarf trat hervor und Eindeckungen wurden ausgeführt, die hauptsächlich durch die Vorgänge auf Cuba und Amerika zurückzuführen waren. Die Zufuhren von Rohrzucker aus dem Innern Cubas an die Hafenplätze sind in der letzten Woche klein gewesen. Hierbei ist aber zu beachten, dass die Osterfeiertage in Rechnung gezogen werden müssen. Anders steht es mit der Einstellung der Mahlarbeiten von jetzt bereits 11 Betrieben, während im Vorjahre zu der entsprechenden Zeit nur ein einziger kleiner Betrieb die Arbeit eingestellt hatte. Da Amerika die Preise heraufsetzte und England ebenfalls in zuversichtlicher Haltung, bei steigenden Werten verkehrte, übertrug sich die gebesserte Stimmung auch auf die Märkte des europäischen Festlandes. Ueberall wurde die Haltung zuversichtlicher und es hatte beinahe den Anschein, als ob bei kräftiger Belebung bemerkenswerte Erhöhungen der Preise eintreten würden. Das war indessen nicht der Fall. Die Rohzuckerproduzenten nahmen die sich ihnen bietende Gelegenheit wahr und gingen mit umfangreichen Anstellungen an die Märkte. Die Verkaufsneigung der Fabrikanten beschränkte sich dabei nicht nur auf Ware der alten und der kommenden Ernte; es wurden auch Posten zur Lieferung aus der Ernte 1915/16 an den Markt gebracht. Veranlasst wurden diese Angebote wohl nicht zum wenigsten durch die Wahrscheinlichkeit eines bedeutenden europäischen Mehranbaues. Man spricht wieder einmal von der Aufhebung des englischen Einfuhrzolles auf Zucker; mit welchem Recht, muss die Zukunft lehren.

Die Statistik zeigt folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand erfuhr eine Zunahme um 8000 Sack (14 100 Sack in der entsprechenden Woche des Vorjahres) und beläuft sich nunmehr auf 941 100 (Vorjahr 802 200) Sack. — Englands Vorräte erfuhren Heraufsetzung um 1000 (Vorjahr Abnahme um 69 500) dz und betragen jetzt rund 1 109 800 (Vorjahr 535 600) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union vermehrten sich um 12 000 (Vorjahr Abnahme um 3000) Tons und betragen nunmehr 258 000 (Vorjahr 254 000) Tons. — Cubas Vorräte nahmen um 3000 (Vorjahr 32 000) Tons zu und erreichen jetzt die Höhe von 563 000 (Vorjahr 449 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach rechnerischer Zunahme um 20 100 (Vorjahr 30 100) Tons auf rund 3 987 800 (Vorjahr 3 878 600) Tons.

Am Kornzuckermarkte war die Tendenz grösstenteils stetig. Es kamen zahlreiche Umsätze zu anfangs voll behaupteten, später um 5 Pfg. pro Zentner gebesserten Preisen zustande. Abnehmer waren grösstenteils die inländischen Raffinerien, die sich fortlaufend bereit zeigten, das steigende Angebot der Rohzuckerproduzenten aufzunehmen. Es handelte sich in prompter Ware natürlich vor allem um Erstprodukte, die sich im Wochenverlaufe um 2½—5 Pfg. pro Zentner heraufzusetzen vermochten. Nacherzeugnisse waren nur in verhältnismässig geringfügigen Mengen angeboten. Ihre Notierung, die mehrfach ausfiel, blieb unverändert. Dagegen war der Verkehr in neuer Ernte sehr rege und es wurden bis zu 10 Pfg. pro Zentner höhere Preise gezahlt. Selbst zweitnächste Ernte wurde gehandelt und 20 bis 30 Pfg. pro Zentner besser bezahlt als Ware nächstjähriger Ernte.

Am Terminmarkte fanden nur kleinere Preisschwankungen statt, die die Werte im Resultat etwas nach oben führten, wozu Deckungskäufe beitrugen. Die Mai-Liquidation ging weiter langsam vonstatten. Schliesslich ergibt sich für die einzelnen Sichten ein Wochengewinn von 2½—5 Pfg. pro Zentner.

Am Raffinademarkte kamen nur geringfügige Geschäfte zustande, wobei teilweise aber etwas bessere Preise erzielt werden konnten. Nächstjährige Ernte blieb vernachlässigt. Die Abforderungen auf alte Schlüsse liessen zu wünschen übrig. Das Exportgeschäft stockte.

Fusion Diskonto-Schaaffhausen.

Eine Grossbank mit 300 Millionen Mark Kapital.

Die am Sonnabend vorbehaltlich der Genehmigung der beiden Aufsichtsräte abgeschlossene Transaktion zwischen den beiden Instituten stellt sich folgendermassen dar:

Die Diskonto-Gesellschaft gründet in Köln einen neuen Schaaffhausenschen Bankverein mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark und 10 Millionen Mark offenen Reserven. Auf dieses neue Institut geht das gesamte bisherige Geschäft des A. Schaaffhausenschen Bankvereins über. Die Diskonto-Gesellschaft übernimmt das Berliner Geschäft vollkommen, so dass der A. Schaaffhausensche Bankverein in Berlin überhaupt aufhört zu existieren.

Nach Durchführung der Transaktion wird die Diskonto-Gesellschaft das gesamte Kapital des A. Schaaffhausenschen Bankvereins besitzen. Der Schaaffhausensche Bankverein soll im übrigen als selbständiges Institut bestehen bleiben; das kommt äusserlich schon dadurch zum Ausdruck, dass die bisherigen Aufsichtsräte und die Verwaltung unverändert bleiben. Allerdings werden die bisherigen Berliner Herren voraussichtlich in die Kölner Verwaltung übertreten, indes treten eine Reihe von Geschäftsinhabern der Diskonto-Gesellschaft in den Aufsichtsrat des A. Schaaffhausenschen Bankvereins ein. Die Durchführung der Transaktion geschieht auf folgender Basis: Die bisherigen Schaaffhausenschen Aktionäre erhalten für 5 Aktien ihrer Gesellschaft 3 Diskonto-Kommandit-Anteile mit der Massgabe, dass die Kommandit-Anteile erst vom 1. Jan. 1915 ab dividendenberechtigt sind, und dass die Schaaffhausenschen Aktionäre für dieses Jahr bestimmt 4 Proz. Dividende erhalten. Zur Uebernahme der Schaaffhausenschen Aktien braucht die Diskonto-Gesellschaft eigentlich 87 Millionen Mark. Sie erhöht jedoch ihr Aktienkapital nur um 75 Millionen Mark auf 300 Millionen Mark.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Diskonto-Gesellschaft sich bereits etwa 20 Mill. Mk. Schaaffhausensche Aktien durch Barzahlung an der Börse gesichert hat, so dass sie jetzt nur eine Kapitalserhöhung um 75 Mill. Mk. vorzunehmen braucht. Legt man den Diskonto-Kommandit-Anteil an dem Sonnabendkurs mit 186 Proz. zugrunde, so gibt das für die Schaaffhausen-Aktien nach der Durchführung der Transaktion einen Wert von 110—112 Proz. Die Vereinigung A. Schaaffhausen—Diskonto-Gesellschaft bedeutet das grösste Finanzgeschäft, das jemals in Deutschland abgeschlossen worden ist. Die Diskonto-Gesellschaft hat die ganze Transaktion nach dem Vorbilde ihrer Vereinigung mit der Norddeutschen Bank in Hamburg durchgeführt.

Deutsche Schachtbau Akt.-Ges. in Nordhausen. Wie aus Verwaltungskreisen mitgeteilt wird, hat sich in den Verhältnissen der Gesellschaft seit der Generalversammlung nichts geändert, was zu Besorgnissen Anlass geben könnte. (Der Aktienkurs ist trotzdem beträchtlich zurückgegangen.) Der Geschäftsgang ist, wie auch in der Verwaltung mitgeteilt worden ist, gut, und die Aufträge sind für mehrere Jahre ausreichend. Nach wie vor hält die Verwaltung daran fest, dass eine Angliederung eines Kaliwerkes nur dann in Frage kommen kann, wenn den Aktionären durch den Anschluss die bisherige Verzinsung ihres Kapitals gesichert bleibt.

Versteigerung deutscher Dominialwollen in Forst, N.-L. Wie gemeldet wird, wurden drei Viertel des Gesamtbestandes verkauft. Am meisten begehrt waren feine und hochfeine Tuchwollen. Die Preise waren 5 Proz. höher als in der Märzauktion.

Der Aufsichtsrat der Vereinigten Lausitzer Glaswerke Akt.-Ges. schlägt auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 25 Proz. (wie i. V.) vor. Der Reingewinn beträgt 1 599 346 Mk. (i. V. 1 396 315 Mk.).

Neueröffnete Konkurse. Kaufmann M. Witt, Bartenstein. Gastwirt W. Vär, Muldenstein. Weingrosshandlung W. Frede, Blankenburg. † Kaufmann J. Meyer, Blankenburg. Schuhmacher Aug. Albrecht, Bremen. Vorkosthandlung Th. Wlodarski, Bromberg. Klempnermeister O. Dirsen, Habinghorst. Restaurateur Joh. Herrmann, Freienwalde. Fa. A. Krems, Gleiwitz. Kaufmann R. Vollstädt, Greiz. Schuhwarenhandlung W. Schulte, Hagen. Kaufmann J. Lindau, Heidelberg. † Hotelier H. Radtke, Insterburg. Schneidermeister H. Wiedemann, Zuffenhausen. Kaufmann E. Langenhahn, Mannheim. Kaufmann H. Soinski, Pakosch. Geschäftsinhaber W. Welsch, München. Fabrikant L. Johannsen, Naumburg. Fabrikant A. Frank, Pirmasens. Fa. Friedemann & Müller, Schönfeld. Kaufmann O. Doelle, Templin. Gastwirt W. Dirks, Allagen. Kaufmann Fr. K. Hochmuth, Zwickau.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 27. April. Am Frühmarkt notieren **Weizen** inländ. 189,00—194,00 ab Bahn u. frei Mühle, **Roggen** loco 160.00—162.00 ab Bahn u. frei Mühle. **Hafer**, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 165—182, mittel 155—164, gering — —, russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. **Mais**, amerik. mix. — — — —, abfall. mix. — — — —, runder 148.00—152.00 frei Wagen. **Gerste**, inländ Futtergerste, mittel und gering 144—150, gute 151.00—163.00, russische und Donau leichte 133—137, schwere 138.00—143.00 ab Bahn und frei Wagen. **Erbsen**, inländische u. ausländische Futterware mittel 175—184, Taubenerbsen 185—208 ab Bahn u. frei Wagen. **Weizenmehl** 00 22.00—27.50. **Roggenmehl** 0 und 1 19.40—21.80. **Weizenkleie** 11.00—11.50. **Roggenkleie** 10.20—10.60. **Lupinen**, blaue — — —, gelbe — — —. **Wicken** — — —. **Seradella** 11 — M.

Hamburg, 27. April. (Getreidemarkt). **Weizen** fest ostholsteiner und mecklenburger 186—197,00. **Roggen** fest mecklenbrg. u. altmärk. neuer 158—163.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 April-Mai 116.00. **Gerste** stetig, südruss. cif. April 108.50. **Hafer** ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 158—162. **Mais**, stetig, amerikanisch. mixed cif. per März-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.00.

Liverpool, 27. April. Stetig. Roter Winterweizen per Mai 7—2¼, per Juli 7—3⅛. Mais stetig, La Plata, Juli 4—7⅝, bunter amerik., September 4—7½.

Budapest, 27. April. Weizen, Tendenz fest, per April 13.25 Mai 13.22, Oktbr. 11.87. Roggen, Tendenz fest, per April 10,60, Oktbr. 9.41. Hafer, Tendenz fest, per April 8,47, Oktober 8,13. Mais, Tendenz fest, per Mai 7.14, Juli 7.28, Raps, Tendenz ruhig, August 15.65.

Antwerpen, 27. April. Deutscher La Platazug, Kontrakt per April —.—, Mai 6.57½, Juni 6,55, Juli 6.52½, Aug. 6,52½. Umsatz 105 000 kg. Tendenz: stetig.

Kaffee.

Hamburg, 27. April. Good average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per Mai	46.50 G.	46.25 G.	46.25 G.
„ September	47.75 G.	47.50 G.	47.50 G.
„ Dezember	48.75 G.	48.50 G.	48.50 G.
„ März	48.25 G.	49.25 G.	49.25 G.
	stetig	ruhig	behpt.

Rio de Janeiro, 27. April. Kaffee-Zufuhren 3000 Sack in Rio, 15000 Sack in Santos.

Havre, 27. April. Kaffee good average Santos per März 57.75, per Mai 59.00, per Sept. 59.50, Dez. 60.25. Ruhig.

Zucker

Magdeburg, 27. April. Abend-Kurse. April 9.35, Mai 9.37½, Juni 9.45, August 9,62½, Oktbr.-Dezbr. 9,67½, Januar-März 9.85. Tendenz ruhig.

Hamburg, 27. April. Rübenrohzucker, I. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per April	9.32½	9.37½	9.37½ M.
„ Mai	9.37½	9.40	9.40 „
„ Juni	9.45	9.45	9.45 „
„ August	9.62½	9.62½	9.62½ „
„ Okt.-Dez.	9.67½	9.65	9.67½ „
„ Jan.-März	9.85	9.85	9.85 „
	stetig	lebhaft	behpt.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 27. April. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75. Still.

Eier.

Berlin, 27. April. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten 3.65—3.85 M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.60—3.80, in- und ausländische geringere Sorten 3.50—3.55, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.25—3.35, Kühlhauseier — —. Tendenz: Ruhig.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 25. April

Butter: Die Zufuhren von allen Qualitäten waren in der zweiten Hälfte dieser Woche sehr gross, während das Geschäft recht still lag. Die Notierungen konnten sich daher nicht behaupten und mussten ermässigt werden. Russische Butter wurde reichlich angeboten, doch gaben hierfür die Preise wenig nach. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 113—115 Mk., do. IIa Qualität 110—113 Mk. — **Schmalz**: Die Preise erfuhren Mitte der Woche eine plötzliche Steigerung von 1 Mk. per Zentner, welche durch stärkere Nachfrage hervorgerufen wurde. Die Steigerung ging zum Teil jedoch wieder durch spekulative Abgaben verloren, trotzdem die Schweineauftriebe in Amerika gering waren und die Schweinepreise höher notierten. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 58,50—59,50 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 60,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 60—66 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 60,50—66 Mk. — **Speck**: Schwach.

Köln, 27. April. Rüböl per loko 72.50, per Mai 71.00.

Hamburg, 27. April. Stadtschmalz 59,50, amerikan. Steam 50,50, Chamberlain 52,25. Tendenz stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 27. April. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 27. April. Chilisalpeter per loko 9.47½ Febr.-März 10,02½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: stetig.

Wolle.

Bremen, 27. April. Baumwolle Upl. loko middl. 64.50.

Liverpool, 27. April. Aegypt. Baumwolle per Mai 9.06.

Liverpool, 27. April. Baumwolle, Umsatz 10000 Ballen, Import 4000 Ballen, davon amerik. Lieferg. — — Ballen.

Alexandria, 27. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 17.20, Juli 17.27, Novbr. 18.95.

Metalle.

London, 27. April. Chili-Kupfer, stetig 64, 3 Mon. $63^{1}/_{8}$, Zinn, Staits, stetig $168^{7}/_{8}$, 3 Mon. $165^{3}/_{4}$, Blei span., stetig $18^{1}/_{8}$, engl. $18^{7}/_{8}$, Zink, gew. Marke, stetig $21^{5}/_{8}$, spez. Marke $22^{1}/_{4}$.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	27. 4.	25. 4.		27. 4.	25. 4.
Weizen p. Mai	$101^{7}/_{8}$	$102^{1}/_{8}$	Roggen loko	61	62
„ „ Juli	$95^{7}/_{8}$	$95^{3}/_{4}$	Schmalz p. Mai	9.92	10.07
Mais loko	$74^{7}/_{8}$	$75^{3}/_{8}$	„ „ Juli	10.10	10.22
Mehl Spring cl.	3.90	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	$92^{7}/_{8}$	$93^{1}/_{8}$	do. in Stand. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	$86^{7}/_{8}$	$87^{5}/_{8}$	do. in Cred. Balanc.	2100	2300
Mais p. Mai	$65^{1}/_{8}$	$65^{7}/_{8}$	Kaffee loko	$8^{5}/_{8}$	$8^{3}/_{4}$
„ „ Juli	$64^{3}/_{4}$	$65^{1}/_{8}$	„ p. Mai	9.30	9.52
Hafer p. Mai	$37^{1}/_{4}$	$37^{3}/_{4}$	„ p. Juli	9.47	8.69
„ „ Juli	$37^{1}/_{2}$	$37^{7}/_{8}$			

Tendenz: Weizen —, Mais stetig.

Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 25. April bis 2. Mai 1914: Ab Bremerhaven: Kronprinz Wilhelm 28. April nach New York über Southampton-Cherbourg. Sierra Salvada 29. April nach dem La Plata über Brasilien. Westfalen 29. April nach Australien. Barbarossa 30. April nach Baltimore über Philadelphia. Derfflinger 30. April nach Ostasien. George Washington 2. Mai nach New York über Southampton-Cherbourg. Aachen 2. Mai nach Brasilien. Pallanza 2. Mai nach Kanada. — Ab New York: Kaiser Wilhelm der Grosse 28. April nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Buenos Aires: Sierra Nevada 28. April nach Bremen über Brasilien. — Ab Baltimore: Rhein 29. April nach Bremen. — Ab Marseille: Prinzregent Luitpold 29. April nach Alexandrien über Neapel. — Ab Alexandrien: Prinz Heinrich 29. April nach Marseille über Neapel. — Ab New York: Prinz Friedrich Wilhelm 30. April nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Genua: König Albert 30. April nach New York über Neapel und Palermo. — Ab Sydney: Coblenz 2. Mai nach Japan über Neu-Guinea und Hongkong.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern	26. März	+1,27	27. April	+1,19	8	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,16	„	+2,16	—	—
„ Unterpegel	„	+1,48	„	+1,48	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,44	„	+2,46	—	2
„ Unterpegel	„	+0,36	„	+0,36	—	—
Trotha	25. „	+1,80	27. „	+1,72	8	—
Alsleben, Oberpegel	24. „	+2,40	26. „	+2,39	1	—
„ Unterpegel	„	+1,36	„	+1,26	10	—
Bernburg	„	+0,95	„	+0,95	—	—
Calbe, Oberpegel	„	+1,54	„	+1,54	—	—
„ Unterpegel	„	+0,54	„	+0,66	—	12

Iser, Eger, Elbe, Moldau.

		März	Fall	Wuchs			April	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	25.	+0,38	2	—	Wittenberg	27	+2,05	3	—
Laun	„	−0,02	5	—	Rosslau	„	+1,34	3	—
Budweis	„	−0,18	6	—	Barby	„	+1,55	8	—
Prag	27.	+0,34	2	—	Schönebeck	„	+1,67	—	—
Pardubitz	25.	−0,00	—	27	Magdeburg	„	+1,20	10	—
Brandeis	„	+0,69	—	7	Tangermde.	„	+2,12	11	—
Melnik	„	+0,57	—	1	Wittenberge	„	+2,07	9	—
Leitmeritz	27.	+0,13	1	—	Dömitz	26.	+1,66	8	—
Aussig	„	+0,39	2	—	Boizenburg	„	+1,60	5	—
Dresden	„	−1,10	6	—	Hohnstorf	27.	+1,71	8	—
Torgau	„	+0,97	3	—	Lauenburg	„	+1,70	7	—

Aussig, 27. April. Pegelstand +0.39 m. Vom Oberlauf werden 0.32 m Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140428018/fragment/page=0005

Berliner Börse, 27. April 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan., 1 Apr., 1 Juli, 1 Okt.; 1 Okt., 1 Apr.; 1 Mai, 1 Nov.; 1 Jan., 1 Mai, 1 Sept.; 1 Jan., 1 Mai, 1 Nov.; 1 Jan., 1 Mai, 1 Okt